



TIMO LOWINGER

AUF AUGENHÖHE ZU MEHR SICHERHEIT?
SICHERHEITSPOLITISCHE ZUSAMMENARBEIT
DER AU-EU



AUF AUGENHÖHE ZU MEHR SICHERHEIT? SICHERHEITSPOLITISCHE ZUSAMMENARBEIT DER AU-EU

Timo Lowinger

Abstract

Die Afrikanische Union und die Europäische Union unterhalten eine hoch institutionalisierte Sicherheitspartnerschaft. Die im Jahre 2007 beschlossene Gemeinsame Afrika-EU-Strategie stellt für die interregionalen Beziehungen der Afrikanischen Union mit der Europäischen Union im Allgemeinen und für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Besonderen eine Zäsur dar. Kooperieren die Afrikanische Union und die Europäische Union partnerschaftlich, also auf Augenhöhe, um mehr Sicherheit für beide Kontinente zu erreichen? Um diese Frage zu beantworten werden auf Grundlage des inter-organisationalen Modells von Biermann (2009) in seiner Weiterentwicklung von Scheuermann (2012) verschiedene kooperationsfördernde und -hemmende Faktoren herausgearbeitet. Mit Hilfe dieses Rahmens werden dann die Entwicklung der interregionalen Beziehung und die mit der Strategie implementierten Mechanismen analysiert, um so fünf spezifische Problemmuster zu identifizieren, die eine Partnerschaft auf Augenhöhe in der Praxis konterkarieren können: Das Selbstverständnis der EU, die Perzeption der EU durch die AU, die unterschiedliche Perzeption von Sicherheit, die divergenten institutionellen Kapazitäten und der gravierende Ressourcenmangel. In welcher Weise sich diese Problemmuster auswirken, wird abschließend in den Fallbeispielen zur Finanzierung der Friedensmission AMISOM und zum konträren Verhalten der beiden Regionalorganisation in der Libyenkrise deutlich.

Online publiziert: 30.07.2014

urn:nbn:de:bvb:20-opus-101142

© Junges Afrikazentrum der Universität Würzburg (JAZ)



Autorennotiz

Timo Lowinger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Europaforschung und Internationale Beziehungen am Institut für Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Würzburg; timo.lowinger@uni-wuerzburg.de

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	4
1. Einleitung.....	5
2. Die AU-EU-Beziehung in der Theorie.....	6
2.1 Interregionalismus.....	7
2.2 Inter-organisationaler Beziehung.....	7
2.3 Inter-Organisationale Kooperation.....	8
2.3.1 Kooperationsfördernde Faktoren.....	8
2.3.2 Kooperationshemmende Faktoren	11
3. Die AU-EU-Beziehung in der Analyse.....	12
3.1 Entstehungskontext der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie	13
3.1.1 Afrikanische Entwicklungen.....	13
3.1.2 Europäische Entwicklungen auf dem Weg zur Partnerschaft.....	15
3.1.3 Interregionaler Meilenstein: EU-Afrika-Strategie	16
3.1.4 Interregionaler Meilenstein: Kairo-Prozess.....	17
3.2 Gemeinsame Afrika-EU-Strategie.....	18
3.2.1 Sicherheitspolitische Partnerschaft.....	19
3.2.2 Strukturen und Mechanismen der Kooperation	20
3.2.2.1 Afrika-EU Gipfel	20
3.2.2.2 Afrika-EU Troika-Treffen.....	21
3.2.2.3 Joint-Expert Groups	21
3.2.2.4 Commission-to-Commission und EU-AU Task Force	22
3.2.2.5 Treffen AU PSC und EU PSC.....	23
3.2.2.6 Ständige Vertretungen in Addis Ababa und Brüssel.....	23
3.2.3 Problemmuster der interregionalen Beziehung	24
3.2.3.1 Selbstverständnis der EU	25
3.2.3.2 Perzeption der EU durch die AU	26
3.2.3.3 Unterschiedliche Perzeption von Sicherheit.....	27
3.2.3.4 Institutionelle Kapazitäten und Ressourcenmangel	28
3.2.3.5 Außenpolitische Kohärenz und politischer Wille.....	29

4. Die AU-EU Beziehung im Praxistest.....	30
4.1 Fallbeispiel: Finanzierung der Friedensmission AMISOM.....	30
4.1.1 Finanzierung von Friedensmissionen im Rahmen der Strategie	30
4.1.2 Finanzielle Unterstützung der Friedensmission AMISOM	31
4.1.3 Bewertung.....	31
4.2 Fallbeispiel: AU und EU in der Libyenkrise.....	32
4.2.1 Afrikanische Reaktion	32
4.2.2 Europäische Reaktion	33
4.2.3 Bewertung	34
5. Resümee.....	35
Bibliographie.....	36

Abkürzungsverzeichnis

AFF	Afrikanische Friedensfazilität
AMISOM	African Union Mission in Somalia
APSA	African Peace and Security Architecture
AU	Afrikanische Union
AUPG	African Union Partner Group
AU PSC	Peace Security Council
CEWS	Continental Early Warning System
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
EDF	Europäischer Entwicklungsfonds
ESS	Europäische Sicherheitsstrategie
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
EU PSC	Peace and Security Committee
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU
IfS	Instrument for Stability
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NEPAD	New Partnership of Africa's Development
NTC	National Transitional Council
OAU	Organisation für Afrikanische Einheit
R2P	Responsibility-to-Protect
UN	United Nations

1. EINLEITUNG

In ihrer Antrittsrede im Oktober 2012 als neu gewählte Kommissionsvorsitzende der Afrikanischen Union (AU) betont Nkosazana Dlamini-Zuma: „To our global partners, we express our appreciation for the support to the African Union.“ (AU 2012: 13) Im weiteren Verlauf der Rede fordert sie, an den strategischen Partnerschaften der AU zu arbeiten und sie weiterzuentwickeln, um den konkreten Bedürfnissen des afrikanischen Kontinents gerecht zu werden und Partnerschaften zu bilden, die für Afrika und den Kooperationspartner „mutually beneficial“ (AU 2012: 13) sind. Eine solche Partnerschaft unterhält die Afrikanische Union mit der Europäischen Union (EU). Die im Jahre 2007 beschlossene Gemeinsame Afrika-EU-Strategie stellt für die interregionalen Beziehungen der Afrikanischen Union mit der Europäischen Union im Allgemeinen und für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Besonderen eine Zäsur dar. Zum ersten Mal in der gemeinsamen Geschichte beider Kontinente wird eine dezidiert institutionalisierte Partnerschaft zweier Regionalorganisationen geschlossen, die einen ganzheitlichen, politikfelderübergreifenden Ansatz mit konkreten konditionalisierten Zielvorgaben verfolgt.

Die Beziehungen der EU zum Schwarzen Kontinent reichen von den ersten Abkommen von Yaoundé 1963 über Lomé bis hin zur Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie aus dem Jahre 2007. Mit der Gründung der Afrikanischen Union im Jahre 2002 haben sich für die Europäische Union neue Möglichkeiten der sicherheitspolitischen Kooperation und Partnerschaft ergeben. Wie verhält sich die Europäische Union in dieser interregionalen Beziehung mit der Afrikanischen Union? Wurde anfangs die Afrikapolitik mit dem Abkommen von Yaoundé von Seiten der afrikanischen Staaten noch als neokolonial eingeschätzt (Keßler 2007: 29), wird in den jüngsten Dokumenten der Europäischen Union die Gleichberechtigung der Afrikanischen Union und auch der afrikanischen Staaten hochgehalten. Entspricht dies der Realität? Kooperieren die Afrikanische Union und die Europäische Union partnerschaftlich, also auf Augenhöhe, um mehr Sicherheit für beide Kontinente zu erreichen?

Mit einem dreiteiligen Ansatz wird versucht diese Frage zu beantworten. Dazu soll die interregionale Beziehung der AU-EU theoretisch eingeordnet werden, um dann im zweiten Schritt zur Analyse der Zusammenarbeit zu kommen und die Ergebnisse in einem dritten Schritt in der Praxis in Form zweier Fallbeispiele zu prüfen. Die leitende Frage dabei ist, wie und in welcher Form der interregionale Austausch in der Sicherheitspolitik zwischen den zwei Organisationen durch die Mechanismen der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie stattfindet. Den theoretischen Rahmen für diese Untersuchung bildet das inter-organisationale Modell von Biermann (2009) in seiner Weiterentwicklung von Scheuermann (2012). Mit Hilfe dieses Rahmens sollen die Entwicklung der interregionalen Beziehung und die mit der Strategie implementierten Mechanismen analysiert werden, um so spezifische Problemmuster für die sicherheitspolitische Kooperation der AU und EU zu identifizieren, die eine Partnerschaft auf Augenhöhe in der Praxis konterkarieren. Der Fokus der Arbeit liegt dabei ausschließlich auf der sicherheitspolitischen Beziehung der zwei Regionalorganisationen durch die Mechanismen der Gemeinsamen Afrika-EU Strategie, andere Kooperationen der zwei Organisationen außerhalb dieses Rahmens bleiben unbeachtet.

Im ersten Teil der vorliegenden Arbeit soll der theoretische Rahmen dargestellt und erarbeitet werden. Um die Beziehungen der Afrikanischen Union mit der Europäischen Union einzuordnen, wird der Interregionalismus als Kooperationsform dargestellt. Durch diese Zuordnung kann das Inter-organisationale Modell im Hinblick auf diese hier untersuchte Beziehung diskutiert und

auf den vorliegenden Fall erweitert werden. Etwaige Problemfelder sowie kooperationsfördernde sowie -hemmende Faktoren sind mit Hilfe dieses Modells zu ermitteln, um damit eine Grundlage für die weitere Analyse der sicherheitspolitischen Partnerschaft der AU und EU zu bilden.

Diese sicherheitspolitische Dimension der Kooperation der Afrikanischen Union mit der Europäischen Union rückt mit Punkt 3 in den Fokus. Um die Gemeinsame Afrika-EU-Strategie adäquat analysieren zu können, soll der Entstehungskontext der Strategie im Rückgriff auf die in Punkt 2 herausgearbeiteten theoretischen Faktoren skizziert werden. Dazu sollen die Veränderungen sowohl auf afrikanischer als auch auf europäischer Seite dargelegt werden, um dann die Meilensteine, wie der sogenannte Kairo-Prozess und die EU-Afrika-Strategie, auf dem Weg hin zur gemeinsamen Partnerschaft zu beschreiben. Die inhaltliche Ausgestaltung der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie gründet sich auf einen langjährigen Prozess der interregionalen Beziehung zwischen dem afrikanischen und dem europäischen Kontinent und kann deswegen nicht losgelöst davon betrachtet werden. Auf dieser Basis wird dann die Gemeinsame Afrika-EU-Strategie im Detail beleuchtet, zuerst im Hinblick auf die grundsätzlichen Prämissen, um in einem nächsten Schritt den institutionellen Aufbau in Bezug auf die oben genannte Fragestellung hin zu untersuchen. Welche Probleme bringen diese Interaktionsforen mit sich und welche können die Arbeit der zwei Organisationen behindern? Nach der Analyse der Mechanismen, die mit der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie eingeführt wurden, werden Problemmuster identifiziert, die kritische Momente in der interregionalen Beziehung sein können.

Der in Kapitel 3 dargelegte institutionelle Aufbau soll dann in Kapitel 4 einem Praxistest unterzogen werden. Haben die zuvor herausgefundenen Problemmuster einen merklichen Einfluss auf die Beziehung bei konkreten Ereignissen oder Sachfragen? Um dies zu prüfen, sollen zwei Fallbeispiele die interregionale Beziehung der AU-EU einem Praxistest unterziehen. Das erste Fallbeispiel untersucht die Finanzierung der African Mission in Somalia (AMISOM) im Rahmen der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie. Im zweiten Fallbeispiel stehen die afrikanischen und europäischen Reaktionen auf die Libyenkrise im Zentrum.

2. DIE AU-EU-BEZIEHUNG IN DER THEORIE

Kooperationsbeziehungen sind konstitutiv für das internationale System. Mit Aufkommen des Neuen Regionalismus als neues Phänomen der internationalen Beziehungen und der daraus folgenden Herausbildung von immer mehr regionalen Zusammenschlüssen in den letzten 20 Jahren ist auch die interregionale Beziehung in den wissenschaftlichen Fokus gerückt (Telò 2007: 4). Interregional meint dabei die institutionalisierte Beziehung zwischen mindestens zwei Weltregionen (Hänggi/Roloff/Rüland 2006: 3). Eng damit verbunden ist eine weitere Form der internationalen Kooperation: Die inter-organisationale Beziehung, die sich auf die Zusammenarbeit von mindestens zwei internationalen Organisationen bezieht. Beide sich überschneidenden Kooperationsformen finden sich in der Beziehung der Europäischen Union mit der Afrikanischen Union wieder. In der Untersuchung der AU-EU-Beziehung stellen sich dabei zwei elementare Fragen: Welche Faktoren fördern die Kooperation zwischen zwei Partnern? Und was kann dazu führen, dass die Kooperation gehemmt wird?

Im Folgenden sollen deswegen der Interregionalismus und die inter-organisationale Beziehung im Allgemeinen kurz vorgestellt werden, um dann die Beziehung der Afrikanischen Union und

der Europäischen Union theoretisch einzuordnen. Mit Hilfe einer konstruktivistisch-institutionellen Herangehensweise werden dann auf dieser Grundlage kooperationsfördernde sowie kooperationshemmende Faktoren ermittelt. Dieses Analyseraster soll dann für die weitere Untersuchung die Grundlage bilden.

2.1 Interregionalismus

Interregionalismus als Kooperationsform der internationalen Beziehungen wird von Hänggi (2006: 40f) in fünf Typen untergliedert. Der erste Typ sind die quasi-interregionalen Beziehungen, die von einer Regionalorganisation oder einer regionalen Gruppe von Staaten mit einem Drittstaat gebildet werden. Eine interregionale Beziehung im engen Sinn besteht bei den Typen 2, 3 und 4. Eine Regionalorganisation kooperiert mit einer anderen Regionalorganisation in Typ 2. Eine Regionalorganisation, die mit einer regionalen Gruppe von Staaten zusammenarbeitet, wird als Typ 3 klassifiziert. Typ 4 stellt sich ein, wenn zwei regionale Gruppen zusammen interagieren. Die letzte Typologisierung ist die Megaregionale Beziehung mit einer Gruppe von Staaten aus mehr als zwei Regionen.

Die Beziehung der Afrikanischen Union mit der Europäischen Union lässt sich als Typ 2 einordnen. Durch die 2007 initiierte Gemeinsame Afrika-EU-Strategie hat diese Beziehung eine fest institutionalisierte Zusammenarbeit der zwei Regionalorganisationen zum Ziel. Deswegen kann bei dieser Verbindung von einem Interregionalismus im engeren Sinn gesprochen werden. Für die weitere theoretische Beleuchtung ist diese Erkenntnis von Relevanz, da durch die Kooperation von zwei Regionalorganisationen auch das theoretische Modell der Inter-organisationalen Beziehungen angewendet werden kann.

2.2 Inter-organisationale Beziehung

Die direkte oder indirekte Interaktion zwischen zwei internationalen Organisationen ist der Untersuchungsgegenstand des Inter-Organisationalismus (Biermann 2009: 7). Dabei wird unterschieden zwischen einer Dyade und einem Netzwerk. Ersteres ist die Kooperation von zwei Organisationen und ein Netzwerk ist die Interaktion von drei oder mehr Organisationen miteinander (Scheuermann 2012: 81). Biermann arbeitet in diesem Kontext vier Merkmale heraus, die eine dyadische Beziehung ausmachen:

1. *„Dyaden tauschen sich regelmäßig und intensiv aus;*
2. *Dieser Austausch findet nach formellen wie auch informellen Regeln statt.*
3. *Zwischen den Organisationen existieren reguläre Kooperationswege mit unterschiedlichen Formalisierungsgraden,*
4. *die auf eine verstetigte Interaktion ausgelegt sind.“*
(Biermann zitiert nach Scheuermann 2010: 81)

Auf Basis der oben genannten Merkmale einer Dyade entwirft Scheuermann (2010: 81) in ihrer Studie zu den Beziehungen der EU zu den Vereinten Nationen im Bereich der Friedenssicherung, Indikatoren für eine tiefe kooperative Zusammenarbeit:

1. *„Sie setzen sich Ziele, die sie gemeinsam erreichen wollen.*
2. *Sie entwickeln eine gemeinsame Strategie, um die Ziele zu erreichen.*

3. *Sie planen gemeinsam die Umsetzung der Strategie.*
4. *Sie tauschen Informationen aus.*
5. *Sie verteilen Rollen unter Berücksichtigung von Kohärenz und Effektivität. Dabei achten sie darauf, die Verantwortung zu teilen.*
6. *Sie mobilisieren Ressourcen, um das Ziel erreichen zu können.*
7. *Während der Umsetzung des Ziels stehen sie kontinuierlich im direkten Kontakt.*
8. *Während der Umsetzung des Ziels koordinieren sie ihr Handeln.*
9. *Während der Umsetzung des Ziels tauschen sie regelmäßig und häufig Informationen aus.“*
(Scheuermann 2010: 81)

Diese neun Indikatoren sollen auch für die Untersuchung der Interaktion zwischen der Afrikanischen Union und der Europäischen Union den Rahmen setzen, mit Hilfe dessen die Beschaffenheit und Qualität der Beziehung analysiert werden kann.

2.3 Inter-Organisationale Kooperation

Neben diesem Analyserahmen für eine kooperative Beziehung an sich bietet das theoretische Modell der Inter-organisationalen Beziehung auch Faktoren, welche die Möglichkeiten aber auch Problemlagen einer Kooperation aufzeigen. Im Rückgriff auf Biermanns inter-organisationales Modell der Rivalität entwickelt Scheuermann (2012) sowohl kooperationsfördernde als auch kooperationshemmende Faktoren, deren Anwendbarkeit auf die hier untersuchte AU-EU-Beziehung im Bereich der Sicherheit diskutiert werden soll, um so die spezifischen Chancen und Schwierigkeiten der Kooperation zu identifizieren. Analog zu Scheuermann sollen dazu sowohl rationalistisch geprägte als auch konstruktivistische Faktoren herausgearbeitet werden, „...denn rationalistisch und konstruktivistisch argumentierte Indikatoren bedingen sich wechselseitig.“ (Scheuermann 2012: 89) Durch die besondere, interregionale Konstellation (siehe Punkt 2.1) der Beziehung soll Scheuermanns Modell um weitere Faktoren ergänzt werden, um den besonderen Spezifika der Beziehung zwischen den zwei Regionalorganisationen Rechnung zu tragen.

2.3.1 Kooperationsfördernde Faktoren

Was stärkt eine Kooperation? Warum kooperieren Organisationen? Kooperationsfördernde Momente in einer Beziehung zwischen zwei internationalen Organisationen im Allgemeinen und zweier Regionalorganisationen im Speziellen werden im Folgenden dargelegt. Diese Faktoren bedingen sich dabei wechselseitig und sind nicht trennscharf voneinander abzugrenzen.

Nützlichkeit

Der Faktor Nützlichkeit basiert auf einer rationalen Sichtweise: Organisationen kooperieren miteinander, um beiderseitig Gewinne zu erzielen und ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Dabei ist wichtig, dass durch die Kooperation keine Seite verliert und gemeinsame Interessen bestehen (Scheuermann 2012: 91). In diesem Sinn argumentiert auch Biermann (2009: 8), wenn er der Kooperation zweier internationaler Organisationen folgende Eigenschaften zuschreibt: „...to share and to shift burdens and, overall, to solve problems more effectively.“ Im Falle der hier untersuchten sicherheitspolitischen Zusammenarbeit sind Kooperationsgewinne für die Afrikanische Union zu verzeichnen, wenn die Sicherheit auf dem afrikanischen Kontinent durch die Koopera-

tion gesteigert werden kann und die Institutionen einen Mehrwert, in Form einer besseren Ressourcenausstattung, aus dieser Beziehung ziehen können. Für die Europäische Union stellen sich Gewinne ein, wenn die in der Europäischen Sicherheitsstrategie, verabschiedet im Jahr 2003, definierten Hauptbedrohungen durch die Kooperation effizient bearbeitet und so die Auswirkungen auf die eigene Sicherheit minimiert werden können (vgl. Europäischer Rat 2003: 3). Zudem werden Kooperationsgewinne erzielt, wenn die EU auf dem afrikanischen Kontinent durch die Zusammenarbeit ein „...größeres politisches Gewicht!...!“ (Europäischer Rat 2003: 11) erlangen kann.

Notwendigkeit

Der zweite von Scheuermann angeführte rationale Faktor ist zentral in der Beziehung der EU mit der AU. Organisationen arbeiten zusammen, nicht nur weil es für sie, wie im vorherigen Punkt angemerkt, nützlich ist und dadurch Gewinne generiert werden können, sondern weil es schlicht notwendig für eine der beiden oder beide internationale Organisationen ist. Nur durch die jeweils andere Organisation kann das eigene institutionelle Überleben gesichert werden (Scheuermann 2012: 91). In Bezug auf die Ressourcendependenz wird eine Zusammenarbeit notwendig, so Scheuermann (2012: 92), um Ressourcen zu erwerben oder sie zu verteilen. Dabei kommt es dann entweder zur sogenannten „resource provision“, also zur Bereitstellung von Ressourcen durch den Kooperationspartner oder zum „resource pooling“, der Vereinigung von Ressourcen der Partner für ein gemeinsames Ziel (Scheuermann 2012: 92). Gerade im Hinblick auf die Afrikanische Union lässt sich vor allem die erstgenannte Form, die resource provision, feststellen, da die Afrikanische Union ihre Funktionsfähigkeit nur durch die EU aufrechterhalten kann. Die EU ist mit Abstand der größte Geber im Aufbau der Afrikanischen Sicherheitsarchitektur, die AU hätte dazu nicht die eigenen finanziellen Kapazitäten (vgl. Engel 2008: 5; Wadle/Schukraft 2005: 99ff). Der Faktor schließt nicht nur finanzielle Aspekte mit ein, sondern auch die Bereitstellung von Wissen und Know-how sind hier relevant.

Ähnliches Rollenset

Neben den genannten rationalen Faktoren folgt nun ein konstruktivistisch fundierter. Kooperationsfreundliche Begegnungen sind möglich, wenn zwei Organisationen ein ähnliches Rollenset ausgebildet haben und sie aufgrund dessen äquivalente Ideen für das Handeln im internationalen System verfolgen (Scheuermann 2012: 92). Diese für die jeweiligen Identitäten der Organisationen konstitutiven Ideen führen zu einer ähnlichen Perzeption der internationalen Problemfelder (Scheuermann 2012: 93). Dadurch wird Vertrauen generiert und eine „...[Begegnung auf Augenhöhe ist] selbst bei unterschiedlich machtvollen Organisationen möglich.“ (Scheuermann 2012: 93) Im Hinblick auf die leitende Fragestellung dieser Untersuchung (siehe Punkt 1), ob eine partnerschaftliche und gleichberechtigte Kooperation der AU mit der EU vorherrscht, ist dieser Faktor für die weitere Analyse wichtig.

In der hier zu untersuchenden sicherheitspolitischen Partnerschaft ist das Sicherheitsverständnis als Rollenmerkmal zentral. Bei einer nahezu gleichen Perzeption von Sicherheit der beiden Akteure ist in der Interaktion ein Konsens wahrscheinlicher und insofern kooperationsfördernd. Weitere für die AU-EU-Beziehung relevante Merkmale der jeweiligen Rolle sind die beiderseitig anerkannten Ideen des Multilateralismus und des Regionalismus. Wenn das Institutionengefüge einer Organisation multilateral verfasst ist, dann wird sie auch in diesem Sinne im internationalen System agieren und Kooperationsbeziehungen pro aktiv gegenüberreten (Scheuermann

2012: 93). In gleicher Weise verhält es sich mit der Wirkung der regionalen Idee. Da beide in gleicher Weise als Regionalorganisation verfasst sind, kann sich ein „Vertrauen in Bekanntes“ (Scheuermann 2012: 93) entwickeln und demnach kooperationsfördernd wirken. Probleme des internationalen Systems sollen mit einem regionalen Ansatz gelöst werden. Die Relevanz für den vorliegenden Fall zeigt, dass die europäische Integration Modell für den Aufbau der Afrikanischen Union trotz aller institutionellen Unterschiede war und immer noch ist (Gaspar 2009: 94).

Normativer Interregionalismus

Der besonderen, interregionalen Charakteristik der Beziehung, wie in Punkt 2.1 beschrieben, ist dieser Faktor geschuldet. Interregionalismus ist als Merkmal der außenpolitischen Identität der jeweiligen Regionalorganisation zu verstehen, welches die Beförderung der regionalen Idee und des Interregionalismus in andere Regionen der Welt beschreibt (vgl. Söderbaum/Langenhove 2006: 3). Aufgrund der besonderen außenpolitischen Akteursqualität der Europäischen Union, die auch als „Weltmacht der besonderen Art“ (Müller-Brandeck-Bocquet 2010: 59) bezeichnet wird, versucht sie die Idee der regionalen Integration durch Partnerschaften in andere Regionen der Welt zu tragen (vgl. Hettne/Söderbaum 2005: 544). In der theoretischen Diskussion um die Akteursqualität wird die EU auch als normative Macht begriffen. Das von Manners und Whitman entwickelte Konzept sieht die Europäische Union als einen Akteur, der sich nicht nur durch eine normative Basis konstituiert, sondern auch in einer normativen Weise im internationalen System handelt (Manners 2002: 252). Die EU versucht ihre Normen und Werte zu befördern und nach diesen außenpolitisch zu handeln. Eine normative Macht setzt eher auf die Beeinflussung von Verhalten und Ansichten anderer Akteure, anstatt mit der Anwendung von Zwangsmitteln ihre Ziele und Interessen durchzusetzen. Sie setzt sich ein für die Akzeptanz ihrer Werte und Normen (Bengtsson/Elgström 2011: 115). Diez (2005: 615) fasst dies wie folgt zusammen:

„[Manners] defined it as a power that is neither military nor purely economic, but one that works through ideas and opinions.“

In Bezug auf die Fragestellung fällt diesem Faktor damit eine Schlüsselposition zu, da sich diese Beförderung der Ideen der Europäischen Union natürlich kooperationsfreundlich auswirken kann, aber sich dadurch möglicherweise auch Konflikte entwickeln können. Zum einen wird von der EU ihre regionale Idee in andere Regionen weitergetragen und so ist, wie oben beschreiben, die Europäische Union ein Modell für die Afrikanische Union. Aber auf der anderen Seite kann natürlich ein einseitiger Transfer von Ideen die Gefahr einer „Westernizing“ (Franke 2009b: 73) der AU beinhalten. Diesen Zusammenhang aufgreifend sprechen Hettne/Söderbaum (2005: 538) von einer EU, die in interregionalen Zusammenhängen die Merkmale einer Zivilmacht und des „soft imperialism“ aufweist:

“[Soft imperialism] refers to an asymmetric relationship, and the imposition of norms in order to promote the EU’s self-interest rather than a genuine (interregional) dialogue as a foundation for sustainable global governance.“
(Hettne/Söderbaum 2005: 549)

Zusammenfassend können sich durch das Aufzwingen von Normen und Werten Konflikte in der kooperativen Interaktion ergeben, die durch eine asymmetrische Situation in der Ressourcenausstattung begünstigt werden oder eine solche hervorrufen können.

Interner Druck

Eine inter-organisatorische Kooperation ist stark beeinflusst durch interne Gegebenheiten einer Organisation. In Organisationen, wie auch im spezifischen Fall der Regionalorganisationen, fungieren Nationalstaaten sowie auch die jeweiligen Bürokratien als Agenda-Pusher und Agenda-Setter (Scheuermann 2012: 93). Gerade im Fall der intergouvernemental verfassten Afrikanischen Union sind die Mitgliedstaaten ein einflussreicher Faktor. Die für den Aufbau der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) sehr wichtige Achse Südafrika-Nigeria zeigt dies eindrücklich (Öhm/Schildberg/Sperling 2011: 3). Auch das außenpolitische Handeln der Europäischen Union in Bezug auf Afrika ist stark geprägt von seinen Mitgliedsstaaten, wie den, auf dem afrikanischen Kontinent immer noch sehr aktiven, ehemaligen Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien.

Externer Druck

Neben dem internen kann auch externer Druck Kooperation bedingen und notwendig machen. Aufgrund von unerwarteten Ereignissen oder Veränderungen in der Umwelt der Organisationen kann es zu Anpassungen kommen, welche kooperationsfördernd sind (Scheuermann 2012: 94).

Institutionenkennen

Wenn Organisationen schon in einem anderen Politikfeld miteinander kooperieren, fördert dies die Zusammenarbeit, da durch soziale Lernprozesse bereits Vertrauen aufgebaut werden konnte (Scheuermann 2012: 94). Diese Prozesse sind in der AU-EU-Beziehung, aufgrund einer langjährigen Kooperation im entwicklungspolitischen Bereich, beginnend mit Abkommen von Yaoundé, ausgeprägt.

2.3.2 Kooperationshemmende Faktoren

Eine Hemmung der Kooperation kann eintreten, wenn die als kooperationsfördernd benannten Bedingungen nicht oder nur unzureichend erfüllt werden. Konflikte in der Beziehung sind vorprogrammiert, wenn sich Faktoren, wie beispielsweise der *Normative Interregionalismus*, in einer Dominanz oder einem Zwang gegenüber der anderen Organisation manifestieren. Auch die unter dem Faktor *Notwendigkeit* beschriebene Bereitstellung von Ressourcen kann zu „[...]Marginalisierungsempfindungen [führen] und schwächt die gegenseitige Vertrauensbeziehung.“ (Scheuermann 2012: 95) Weitere Faktoren, die dezidiert eine Hemmung zur Folge haben, werden nun für die AU-EU-Beziehung untersucht.

Souveränität der nationalstaatlichen Entitäten

Nationalstaaten können einerseits Agenda-Pusher sein, wie im Faktor Interner Druck beschrieben, aber auch als entscheidende Akteure die Macht haben, Kooperationen zu hemmen oder gar zu verhindern (Scheuermann 2012: 96). Dies kann explizit oder aber auch implizit geschehen, so wie im Falle vieler Mitgliedstaaten der AU, die nicht über ausreichende Kapazitäten verfügen, um ihre Regionalorganisation finanziell zu unterstützen.

Autonomie der Organisation

Organisationen beharren, so Scheuermann (2012: 96), auf ihrer Autonomie und geben diese für Kooperationen nur auf, wenn sie Gewinne versprechen. Durch den Aufbruch dieser Autonomie durch eine gemeinsame Bearbeitung einzelner Politikfelder, kann es zu Konflikten kommen, die zu einer Hemmung der Beziehung führen können. Im vorliegenden Fall ist die Sicherheitspolitik auf dem afrikanischen Kontinent die Aufgabe der Afrikanischen Union, welche durch die Kooperation mit der Europäischen Union in diesem Bereich zunehmend an Autonomie verliert.

Dense institutional spaces und overlapping institutions

Rivalität kann im internationalen System durch die Dichte an Organisationen und Akteuren befördert werden. Wenn in einem Politikfeld viele mögliche Kooperationspartner agieren, können sich untereinander Rivalitäten ausbilden, woraus sowohl auf entstehende als auch bestehende Beziehungen eine hemmende Wirkung resultieren kann (Scheuermann 2012: 97). Für die Afrikanische Union gibt es eine Vielzahl von Akteuren, die mit der Organisation kooperieren. Für den sicherheitspolitischen Bereich sind dabei vor allem die Akteure der African Union Partner Group (AUPG) zu nennen, in der sich die EU-Staaten, Russland, Indien, China, Brasilien, Russland, sowie weitere Staaten in ihrer Unterstützung der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur koordinieren (Gänzle/Grimm 2010: 23).

Weitere hemmende Faktoren stellen die *Instabilität der Organisationen, die Komplexität inter-organisationalen Entscheidens* und die *unterschiedlichen organisationalen Kulturen* dar. Erstere hebt die unterschiedliche Verfasstheit der Organisationen hervor, die einem ständigen Wandel mit wechselnden Zuständigkeiten und Mitgliedschaften unterworfen ist. Der Faktor Komplexität des inter-organisationalen Entscheidens nimmt Bezug auf die Vielschichtigkeit, die durch eine Kooperation entstehen und den Prozess der konkreten Politikgestaltung verlangsamen kann, wodurch der Nutzen einer Kooperation gegenüber der Nicht-Kooperation geschmälert wird (Scheuermann 2012: 96). Organisationen können sich aus diesem Grund eher gegen eine Kooperation entscheiden. Der zuletzt genannte Faktor bezieht sich auf die Interaktion zwischen hard-power und soft-power von Organisationen und hat keine Relevanz in der hier untersuchten interregionalen Beziehung (Scheuermann 2012: 96f).

3. DIE AU-EU-BEZIEHUNG IN DER ANALYSE

Mit der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie hat eine neue Ära der interregionalen Beziehung zwischen der Afrikanischen Union und der Europäischen Union begonnen. Diese für Europa und Afrika neuartige Beziehung soll im Folgenden mit Rückgriff auf den in Punkt 2 dargelegten theoretischen Rahmen analysiert werden, um so die in der Einleitung aufgeworfene Fragestellung zu beantworten: Wie und in welcher Form findet der interregionale Austausch in der Sicherheitspolitik statt? Da die Gemeinsame Afrika-EU-Strategie ein Produkt des vielschichtigen Entstehungskontextes ist, soll dieser zuerst skizziert werden, um dann zur konkreten institutionellen Ausgestaltung und zu den Mechanismen der Partnerschaft zu kommen. Aus diesen Erkenntnissen können im Rückgriff auf die Theorie dann die spezifischen Problemmuster der Beziehung gewonnen werden.

3.1 Entstehungskontext der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie

Aufgestoßen wurde das Fenster für eine solche intensive und ambitionierte Partnerschaft der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie durch verschiedene zeitgeschichtliche Ereignisse und institutionelle Veränderungen auf europäischer und auch auf afrikanischer Seite. Diese machten die wichtigen Etappenziele, wie der Kairo-Prozess und die EU-Afrika-Strategie, möglich bis hin zum heutigen Höhepunkt der Partnerschaft, der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie.

3.1.1 Afrikanische Entwicklungen

Mit seiner Vision unter dem Leitbegriff „afrikanische Renaissance“ stieß der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki Mitte der 1990er Jahre eine Entwicklung an, welche eine interregionale Beziehung mit der EU erst möglich machte. Ein wichtiger institutioneller Schritt in diese Richtung war die daraus folgende Gründung der New Partnership of Africa's Development (NEPAD) im Jahr 2001 (Jacobeit 2006: 21). Die konzeptionelle Ausrichtung der ersten afrikanischen Wirtschaftsstrategie beruht auf dem Diktum „African solutions to African problems“ (Müller-Brandeck-Bocquet 2010: 1) und spiegelt schon zu diesem Zeitpunkt die veränderte Identität der im Jahr 2002 gegründeten Afrikanischen Union wider.

Gründung der Afrikanischen Union

Die Afrikanische Union wurde aufbauend auf diesen Ideen als Nachfolger der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) im Jahr 2002 gegründet. Schnell wurden die Organe der Regionalorganisation nach Vorbild der Europäischen Union implementiert, so entspricht dem Europäischen Rat die Versammlung der Staats- und Regierungschefs. Der AU-Exekutivrat mit den Außenministern der afrikanischen Mitglieder besitzt Ähnlichkeit zum EU-Ministerrat (Schmidt 2007: 101). Trotzdem finden sich sehr große Unterschiede im Institutionenset der zwei Organisationen. So zeichnet sich die AU einerseits durch eine hohe Souveränitätsabgabe ihrer Mitglieder aus, vor allem im Bereich der Sicherheit, das Organisationsprinzip bleibt aber intergouvernemental verhaftet (Schmidt 2007: 102). Trotz aller Unterschiede wirken diese institutionellen Parallelen für die Beziehung der AU-EU kooperationsfördernd, da sowohl die AU als auch die EU, wie in Punkt 2.3.1 erläutert, eine ähnliche Idee des Regionalismus nach außen tragen und sich durch den gleichen Aufbau Vertrauen in bekannte Strukturen entwickeln kann. Die Afrikanische Union selbst sieht die Europäische Union als Modell und Vorbild ihres eigenen regionalen Integrationsprozesses, was positive Auswirkungen auf die Perzeption der EU als Partner hat. Außerdem lässt die Afrikanische Union die ineffektiven Konfliktmechanismen aufbauend auf dem Konzept der Nicht-Intervention der OAU hinter sich (vgl. Walraven 2010: 45; Engel/Porto 2010: 3; Kuwali 2014: 33; Makinda/Okumu 2008: 77f), was von den westlichen Akteuren, aber insbesondere von der Europäischen Union aufgrund der Vielzahl der Konflikte als positiv bewertet wurde. Durch diese Entwicklungen wurde die Afrikanische Union als Akteur mit ähnlichen Ideen von der europäischen Union perzipiert und als potentieller Partner für eine Zusammenarbeit wahrgenommen.

Etablierung der Afrikanischen Sicherheits- und Friedensarchitektur

Für die sicherheitspolitische Kooperation ist neben der gesamtorganisationalen Entwicklung der Aufbau der Afrikanischen Sicherheits- und Friedensarchitektur zentral. Durch die APSA wurden die institutionellen Vorraussetzungen für einen sicherheitspolitischen Dialog mit der Europäischen Union geschaffen, konstatiert Elowson (2009: 16). In welcher Weise ist die neuartige Sicherheitsarchitektur aufgebaut? Aufschluss darüber gibt die Erklärung zur Gemeinsamen Afrikanischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die 2004 in Sirte beschlossen wurde. Die Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur ist auf zwei Ebenen angesiedelt, auf der kontinentalen, in Form von Organen innerhalb der Afrikanischen Union, und auf der regionalen durch die jeweiligen Regionalorganisationen (vgl. AU 2004: 11). Das Peace Security Council (AU PSC), inspiriert durch den Aufbau des UN-Sicherheitsrats, ist das Herzstück der Sicherheitsarchitektur, das folgendem Anspruch versucht gerecht zu werden: "[A] collective security and early-warning arrangement to facilitate timely and efficient response to conflict and crisis situations in Africa." (AU 2004: 11). Um dieses Ziel zu erreichen kann der AU PSC 18 mögliche Maßnahmen ergreifen, von der humanitären Hilfe über wirtschaftliche Sanktionen, bis hin zur militärischen Intervention in ein Mitgliedsland (Franke 2009a: 140; vgl. AU 2002a: 9f). Das PSC wird bei dieser Aufgabe durch das Panel of the Wise und dem Military Staff Committee unterstützt. Dem Panel of the Wise gehören fünf afrikanische Persönlichkeiten an, die den Peace Security Council vor allem in der Prävention von Konflikten unterstützen soll und auch selbstständig tätig werden kann (Engel 2008: 3). Neben diesen unterstützenden Institutionen wurde das Continental Early Warning System (CEWS) implementiert, um Informationen zu Erkennung und Prävention von Konflikten zu bekommen und im Konfliktfall Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten (vgl. Franke 2009a: 183f). Um eine effektive Konfliktbearbeitung zu ermöglichen, wird mit der African Standby Force, versucht militärische Kapazitäten für etwaige Einsätze aufzubauen. Finanziert werden sollen alle diese sicherheitspolitischen Maßnahmen durch den Special Peace Fund. Im Gesamten ist die APSA ein neuartiges und sehr ambitioniertes Instrument, der Constitutive Act gibt ihr mit Artikel 4h weitreichende Rechte bei Menschenrechtsverletzungen oder nichtverfassungsgemäßen Regierungswechseln in die Souveränität der Mitgliedstaaten einzugreifen (Engel/Porto 2010: 3). Zudem hat sich die AU im sogenannten Ezulwini-Konsens¹ hinter das Konzept der Responsibility-to-Protect (R2P) gestellt, gleichwohl Artikel 4h bisher noch in keinem Fall angewendet wurde (Brosig 2013: 293).

Was bedeutet dies nun für die Kooperation? Durch den ernsthaft versuchten Aufbau der Afrikanischen Sicherheits- und Friedenarchitektur wird der Afrikanischen Union im Gegensatz zum Vorgänger OAU eine effektive Rolle in der Beilegung und Regulierung von Konflikten zugeschrieben. Für die Europäische Union sind damit die Voraussetzungen für die Generierung von Kooperationsgewinne geschaffen. Wie in Punkt 2.3.1 beschrieben, ist es für die EU nun nützlich geworden zusammenzuarbeiten. So sind die Motive der EU für die Unterstützung nicht nur altruistisch, sondern der Aufbau einer effektiven APSA nimmt eine finanzielle und politische Last im Bereich des Peacekeepings von der EU (Gänzle/Grimm 2010: 75). Für die Afrikanische Union wird in Folge der Initiierung der APSA eine Kooperation nicht nur nützlich, sondern auch notwendig. Der kooperationsfördernde Faktor *Notwendigkeit* ist gegeben, da der neue afrikanische Sicherheitsmechanismus einem Ressourcenmangel von Anfang an bis heute gegenübersteht.

¹ Im Ezulwini-Konsens aus dem Jahr 2005 fordert die AU eine Reform der Vereinten Nationen, in dessen Folge auch eine Reform des Sicherheitsrat mit mindestens zwei ständigen sowie zwei nicht-ständigen Sitzen für den Kontinent Afrika erreicht werden sollte (vgl. AU 2005).

Als Beispiel ist der oben angesprochene Special Peace Fund anzuführen, der im Jahr 2004 ein Budget von 109,446 Mio. US-Dollar aufweisen konnte, von denen die afrikanischen Mitgliedsländer durch freiwillige Beiträge lediglich 1,794 Mio. US-Dollar einzahlten, und der Rest von anderen Gebern getragen wurde (Franke 2009a: 146).

Zusammenfassend sind die afrikanischen Entwicklungen die Basis für das Zustandekommen der interregionalen Partnerschaft der beiden Regionalorganisationen. In wechselseitiger Beziehung zu diesen neuen Gegebenheiten auf dem afrikanischen Kontinent stehen die Entwicklungen in der Europäischen Union.

3.1.2 Europäische Entwicklungen auf dem Weg zur Partnerschaft

Die Beziehungen der Europäischen Union und ihrer Vorgänger mit Afrika haben eine lange Tradition, die in institutionalisierter Form mit dem postkolonialen Abkommen Yaoundè begannen. Zuerst entwicklungspolitisch geprägt, wandelte sich die Außenpolitik der Europäischen Union auf dem afrikanischen Kontinent langsam hin zu Themen wie Sicherheit und Demokratie (Schmidt 2007: 93). Gründe hierfür sind vor allem in den institutionellen Neuerungen der Europäischen Union zu finden. Außenpolitische Instrumente und Mechanismen für eine Afrikapolitik wurden mit der Implementierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) als zweite Säule des Vertrags von Maastricht im Jahr 1993 möglich. Die Mechanismen für eine gemeinsame Außenpolitik der europäischen Mitgliedsstaaten wurden geschaffen und trugen so zusammen mit dem 1997 im Vertrag von Amsterdam implementierten Amt des Hohen Vertreters zur verstärkten Wahrnehmung auf dem afrikanischen Kontinent bei. Dazu kommt die Möglichkeit zur Ernennung von Sonderbeauftragten für bestimmte Regionen und Länder (Gieg 2010: 95). Durch diese Entwicklung war es der Europäischen Union möglich, eine effizientere Bearbeitung der afrikanischen Probleme und Krisenherde zu leisten (Müller-Brandeck-Bocquet 2007a: 1), so dass der Kontinent Afrika schnell zum wichtigsten Einsatzort der neuen GASP wurde (Gieg 2010: 95). Diese reine Form der Außenpolitik² der EU stieß dann aber angesichts der zunehmenden Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent an ihre Grenzen. Nur mit gemeinsamen Aktionen, gemeinsamen Standpunkten, und gemeinsamen Strategien konnte auf diese Entwicklung nicht adäquat reagiert werden (Gieg 2010: 97). Der Genozid in Ruanda 1994 mit seinen über 800.000 Toten und seinen Auswirkungen auf die Stabilität der ganzen Region der Großen Seen Afrikas verdeutlicht dies eindrücklich. Aufgrund der dubiosen Rolle Frankreichs und dem Unvermögen der Europäischen Union robust auf den Völkermord zu reagieren, wurde die Diskussion innerhalb der EU, wie man solche Tragödien verhindern könnte, beflügelt (Olsen 2005: 135). Selbstkritisch heißt es dazu in einem Vorschlag der Kommission in Bezug auf die afrikanischen Konflikte:

„For the European Union, the existence of violent conflicts in Africa is increasingly challenging the achievement of its declared policy goals. Fostering peace, stability, democracy and human rights under the conditions of conflicts is a nearly impossible task.“ (European Commission 1996: 2)

² Unter der genuinen Außenpolitik der EU wird nach Müller-Brandeck-Bocquet (2008: 267) Außenpolitik minus Sicherheits- und Verteidigungspolitik verstanden.

Aufgrund dieser Reflektion war der Wandel von einer genuinen Außenpolitik hin zu einer EU-Sicherheitspolitik in Afrika durch die Einrichtung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) in den Jahren 1998 und 1999 folgerichtig. Mit diesem Wandel hatte die Afrikapolitik der Europäischen Union eine neue Qualität erreicht, welche eine zentrale Voraussetzung für die Entstehung der gemeinsamen Strategie ist (Müller-Brandeck-Bocquet 2007a: 1).

Eine Afrikapolitik mit der ESVP als Instrument konnte aber nur durch ein aktives Einbringen der wichtigsten europäischen Akteure auf dem Kontinent funktionieren: Frankreich und Großbritannien. In der französischen Außenpolitik war auch das Jahr 1994 mit dem ruandischen Genozid der Wendepunkt hin zu einer Europäisierung der Afrikapolitik unter Premierminister Jospin (Müller-Brandeck-Bocquet 2007b: 241). Großbritannien hatte nach einer Phase der Gleichgültigkeit unter Thatcher ab 1997 mit dem Wechsel zu Blair Afrika wieder verstärkt im Fokus, sodass wichtige Entwicklungen wie die EU-Afrika-Strategie, auf die Initiative Großbritanniens zurückgehen (siehe 3.1.3), wenngleich von einer tiefgehenden Europäisierung der britischen Afrikapolitik nicht zu sprechen war (Gieg/Müller-Brandeck-Bocquet 2007: 263ff).

Da mehrere in Punkt 3.2.1 dargelegte Faktoren zum Tragen kommen, haben sich diese Entwicklungen kooperationsfördernd auf die interregionale Beziehung ausgewirkt. Durch externen Druck, ausgelöst durch das Aufkommen der oben beschriebenen afrikanischen Konflikte und Krisen kam es zu den im theoretischen Teil beschriebenen Anpassungen welche zu den institutionellen Neuerungen, wie der GASP und der ESVP, führten. In der Konsequenz hat sich auch die spezifische außenpolitische Identität der Europäischen Union herausgebildet und die zivilen und militärischen Mittel wurden geschaffen, um als normative Macht Ideen wie den Regionalismus auf dem afrikanischen Kontinent zu befördern und interregionale Verbindungen im Bereich der Sicherheitspolitik aufzunehmen.

3.1.3 Interregionaler Meilenstein: EU-Afrika-Strategie

Den wichtigen Schritt hin zu einer gemeinsamen Strategie machte die Europäische Union mit der EU-Afrika-Strategie. Mit dem Titel „The EU and Africa: Towards a strategic Partnership“ wurde das Dokument im Dezember 2005 vom Europäischen Rat mit seinen damals 25 Mitgliedsstaaten, der Kommission und dem Europäischen Parlament unterzeichnet. Beschlossen wurde die erste Strategie der europäisch-afrikanischen Beziehungen im Jahr 2005, als sich die Europäische Union in einem regelrechten „Afrika-Fieber“ befand, initiiert durch das vom damaligen britischen Premierminister und amtierenden Ratspräsidenten Tony Blair ausgerufenen „Jahr für Afrika“ (Gieg 2010: 104). Der Ursprung der strategischen Konzeption für den afrikanischen Kontinent liegt in der stringenten Weiterführung des entwicklungspolitischen Ansatzes der Abkommen von Cotonou und auch in den Inhalten der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) im Bereich der Sicherheit (Gieg 2010: 105). Die Strategie ist politikübergreifend angelegt und sollte einen enormen Fortschritt in den Beziehungen der EU mit Afrika auslösen (Molt 2007: 33).

Inhaltlich umfasst die Strategie die Bereiche Frieden und Sicherheit, Menschenrechte, Entwicklungszusammenarbeit, nachhaltiges ökonomisches Wachstum, regionale Integration und Handel und die Förderung von Menschen (Council of the European Union 2005: 2ff). Ein zentrales Anliegen ist das Erreichen der Millenniumentwicklungsziele (Gieg 2010: 105). Die oben genannten inhaltlichen Bereiche der Strategie werden um den Kern, die Millenniumsziele, gelegt und mit einem ganzheitlichen Ansatz zu realisieren versucht (Grimm 2007: 86). Oberstes Prinzip und Leitmotiv bei dem Erreichen der strategischen Ziele soll dabei die African Ownership sein: „The

strategy builds on important progress made by the Africans themselves“ (Council of the European Union 2005: 2). Die EU-Afrika-Strategie konstruiert einen Rahmen für das zukünftige Handeln der EU, wobei sowohl Schmidt (2007: 117) als auch Gieg (2010: 105) darauf hinweisen, dass das Dokument zwar Ziele und Prinzipien festlegt, jedoch nicht genuin als Strategie gelten kann. Nichts desto weniger ist die EU-Afrika-Strategie für die interregionalen Beziehungen der Europäischen Union zur Afrikanischen Union eine wichtige Wegmarke. Die AU wird im Strategiepapier immer wieder als Partner für die unterschiedlichsten Bereiche genannt, so wird demzufolge festgehalten: „Develop this strategy, in partnership with the African Union [...]“ (Council of the European Union 2005: 7).

Die EU-Strategie verankert zwar die interregionale Zusammenarbeit in den außenpolitischen Mechanismen sowie in der außenpolitischen Identität und kann damit als wichtiger Meilenstein hin zu einer strategischen Fundierung der Beziehung gesehen werden, jedoch ist es eine einseitige Strategie der Europäischen Union. Die konkrete Einbeziehung der Afrikanischen Union im Kairo-Prozess stellt den zweiten Meilenstein auf dem Weg zum interregionalen Dialog der AU und EU dar.

3.1.4 Interregionaler Meilenstein: Kairo-Prozess

Die oben dargestellten Entwicklungen auf beiden Kontinenten waren Auslöser für den sogenannten Kairo-Prozess in den Jahren 2000-2007, der durch die Ereignisse auf den Kontinenten kontinuierlich vorangetrieben wurde. Im April 2000 trafen sich 52 afrikanische Staats- und Regierungschefs und 15 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union unter der Schirmherrschaft der OAU und der EU zum ersten EU-Afrika Gipfel in Kairo (Olsen 2006: 199). Zum ersten Mal in der Geschichte der zwei Kontinente wurde die institutionalisierte interregionale Beziehung auch auf nicht-entwicklungspolitische Politikfelder erweitert. Auf dem Gipfel wurde ein Aktionsplan beschlossen, der eine Zusammenarbeit unter anderem in den Bereichen Peacebuilding, Konfliktprävention und Terrorismus festhält (EU/OAU 2000: 8f). Die ersten Zeichen einer sicherheitspolitischen Kooperation sind somit zu erkennen, es fehlen im verabschiedeten Dokument jedoch konkrete Zielvorgaben und neue innovative Instrumente für die Sicherheit auf dem afrikanischen Kontinent. Bestehende Kooperationen sollen weitergeführt oder wiederbelebt und die Finanzierung aufrechterhalten werden. Ernüchterndes Fazit: Über Absichtserklärungen kommt das Dokument nicht hinaus (vgl. EU/OAU 2000: 9). Trotz aller Kritik am Dokument selbst hatte der Gipfel in Kairo eine hohe symbolische Funktion im Interregionalismus der beiden Kontinente und war der Startpunkt für einen Prozess des politischen Dialogs (Olsen 2006: 209). Vereinbart wurde der nächste Gipfel in Europa im Jahr 2003 und dazwischen sollte der politische Dialog sowohl auf Ebene der Staats- und Regierungschefs als auch durch die Minister und hohe Beamte fortgeführt werden (EU/OAU 2000: 14).

Erst eineinhalb Jahre nach dem Gipfel von Kairo trafen sich die afrikanischen und europäischen Außenminister, um die Folgen des 11. September 2001 zu diskutieren (Schukraft 2007: 168). Die Ambitionen, auch Sicherheitsaspekte mit in den interregionalen Dialog miteinzubeziehen, wurden forciert, so war es der Ministerkonferenz möglich, eine gemeinsame Erklärung zum internationalen Terrorismus zu verabschieden (vgl. European Union 2001: 1f). Mit Gründung der Afrikanischen Union im Jahr 2002 wurde der Dialog auf das Troika-Format umgestellt, um die beiden Kommissionen der Regionalorganisationen stärker miteinzubeziehen. Die weiteren Treffen führten den politischen Dialog fort und sukzessive kamen sicherheitspolitische Themen auf die

Agenda. Im Jahr 2003 konnte die AU-EU-Troika mit der Verabschiedung des afrikanischen Vorschlags, eine Friedensfazilität für Afrika einzurichten, einen Verhandlungserfolg feiern (Schukraft 2007: 168).

Während des Prozesses zeigte sich jedoch auch die Wirkung des Faktor *Normativer Interregionalismus* (siehe Punkt 2.3.1). Welche Tragweite und Auswirkungen dieser Rollen aspekt haben kann, wurde zwischen dem ersten EU-Afrika-Gipfel in Kairo und dem Lissaboner Gipfel in der sogenannten Simbabwe-Krise deutlich (Gieg 2010: 106). Aufgrund der schlechten Menschenrechtssituation in Simbabwe verhängte die EU gegen Diktator Mugabe ein Einreiseverbot nach Europa. Die afrikanischen Staaten akzeptierten das Einreiseverbot von Mugabe nicht, der in Afrika noch immer als Befreiungskämpfer gefeiert wird. Es kam zur Absage des Gipfels, da beide Seiten unvereinbare normative Positionen eingenommen hatten. Die Afrikanische Union und auch die afrikanischen Staaten wollten keine Bevormundung eines souveränen Staatsschefs zulassen (Schmidt 2012: 104).

Dies zeigt sich auch in der Auswahl der Politikfelder, die im Dialog bearbeitet werden sollten. Die europäischen Verhandlungsführer setzten den Akzent auf Friedens- und Sicherheitsbelange, während der Fokus der afrikanischen Partner eher auf Handel, Ökonomie und Schulden lag. Die Durchsetzung der sicherheitspolitischen Themen und die Vernachlässigung der für die Afrikaner wichtigen Themen hatte Frustration ausgelöst, so dass der Dialog von afrikanischer Seite gehemmt wurde (ECDPM 2006: 2).

Trotz allem entwickelte sich ausgehend vom Gipfel in Kairo ein reger Austausch zwischen den zwei Regionalorganisationen. Auf dem Treffen der EU-AU-Troika in Brazzaville im Jahr 2006 wurde der Gipfel in Lissabon beschlossen.

3.2 Gemeinsame Afrika-EU-Strategie

Auf diesem Gipfel wurde im Dezember 2007 die Gemeinsame Afrika-EU-Strategie von den europäischen und afrikanischen Staats- und Regierungschefs verabschiedet. Die in Punkt 3.1.3 zur EU-Afrika-Strategie beschriebene Einseitigkeit durch die unilaterale Strategiebildung der Europäischen Union sollte nun mit einem politikübergreifenden und umfassenden Ansatz zusammen mit dem afrikanischen Partner aufgelöst werden:

“The purpose of this Joint Strategy is to take the Africa-EU relationship to a new, strategic level with a strengthened political partnership and enhanced cooperation at all levels.” (AU/EU 2007b: 2)

Diese Bereiche umfassen Frieden und Sicherheit, Regierungsführung und Menschenrecht, Handel und regionale Integration, sowie zentrale Entwicklungsthemen, die dann noch weiteruntergliedert und anhand von Prioritätensetzung konkretisiert werden (AU/EU 2007b: 2ff). Inhaltlich baut die Gemeinsame Afrika-EU-Strategie auf der in Punkt 4.1.1 skizzierten EU-Afrika-Strategie auf, geht aber vor allem im sicherheitspolitischen Bereich noch einige Schritte weiter und beschreibt sehr ausführlich die entwicklungspolitischen Ziele und Aufgaben (Gieg 2010: 106f). Einen großen Schritt macht das Dokument, indem es die Fragmentierung der europäischen afrikapolitischen Maßnahmen auflöst und unter einem Dach vereint (Vetter 2007: 15f). In Punkt 2 der Gemeinsamen Strategie mit dem Titel „Shared Vision“ wird von einem „long-term framework for Africa-EU relations“ (EU/AU 2007b: 2) gesprochen, so dass nun die Strategie für die unterschied-

lichen Instrumente, wie beispielsweise die Nachbarschaftspolitik in Nordafrika, die AKP-Abkommen oder die Partnerschaft mit Südafrika, eine gemeinsame Richtschnur darstellt (vgl. Vetter 2007: 16).

Für die Umsetzung der Ziele sind im Strategiepapier sogenannte Action-Plans verankert, die konkrete Handlungsweisen und Zieldefinitionen für einen bestimmten Zeitraum vorgeben. Zusammen mit der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie wurde in Lissabon der erste Action-Plan für die Jahre 2008 bis 2010 verabschiedet (EU/AU 2007b: 2). Aufbauend auf den oben genannten Bereichen der Strategie sollten die vorgegebenen Ziele in acht Partnerschaften operationalisiert werden: Frieden und Sicherheit; demokratische Staatsführung und Menschenrechte; Handel, regionale Integration und Infrastruktur; Millenniumsentwicklungsziele; Energie; Klimawandel; Migration, Mobilität und Beschäftigung; Wissenschaft, Informationsgesellschaft und Raumfahrt (EU/AU 2007b: 25 ff). Ziel des ersten Action-Plans war der institutionelle und strukturelle Aufbau der Beziehungen (Gieg 2010: 108), das heißt die Implementierung und Institutionalisierung der Mechanismen, wie die gegenseitigen Treffen oder der Austausch der Expertengruppen. Der zweite Action-Plan für die Jahre 2011 bis 2013 wurde im November 2010 in Tripoli beschlossen, in dem die acht Partnerschaften auf Grundlage der vorangegangenen Review Berichte kritisch beleuchtet und weiterführende Ziele vereinbart wurden (vgl. AU/EU 2010: 1ff). Die institutionalisierte Beziehung weiterführend, wurde auf dem letzten Gipfel in Brüssel im April 2014 eine Roadmap für die Jahre 2014 bis 2017 beschlossen. Die vormals acht Partnerschaften wurden dabei auf fünf zusammengefasst: Frieden und Sicherheit; Demokratie, Good Governance und Menschenrechte; Menschliche Entwicklung; Nachhaltige und inklusive Entwicklung, Wachstum und kontinentale Integration; Globale Themen (vgl. AU-EU 2014: 2). Die Neudefinition der Ziele sowie auch die Umbenennung des Actions-Plans in Roadmap soll eine Zäsur in den Beziehungen der zwei Kontinente darstellen und ein Symbol für den Abschluss der Implementierungs- und Institutionalierungsphase darstellen.

3.2.1 Sicherheitspolitische Partnerschaft

Für die Partnerschaft im Bereich Frieden und Sicherheit wurde das ambitionierte Ziel „Promoting a Safer World“ (AU/EU 2007c: 4) ausgegeben, das mit Hilfe eines mehrdimensionalen Ansatzes, der sowohl präventive als auch Post-Konflikt-Lösungen umfasst, umzusetzen versucht wird (Elowson 2009: 23). Der Partnerschaft kann damit eine Schlüsselrolle zugesprochen werden, da das Ziel eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung der anderen Partnerschaften wie Entwicklung, Menschenrechte etc. ist. Der erste Action Plan operationalisiert dieses allgemeine Ziel in drei Prioritäten, die es zu erreichen gilt:

1. *Enhance dialogue on challenges to peace and security*
2. *Full operationalization of the African Peace and Security Architecture*
3. *Predictable Funding for African-led Peace Support Operations” (AU/EU 2007c: 2)*

Mit diesem dreiteiligen Ansatz bezieht sich die Gemeinsame Afrika-EU-Strategie auf drei aufeinander aufbauende Bedingungen für eine interregionale Bewältigung von Sicherheitsfragen. Sie betont die Wichtigkeit der Kommunikation um gemeinsam sicherheitspolitisch agieren zu können (Priorität 1) und dafür auf einen effektiven Mechanismus zurückzugreifen (Priorität 2). Außerdem findet die für die Afrikanische Union wichtige Frage der Finanzierung Beachtung (Priorität 3).

3.2.2 Strukturen und Mechanismen der Kooperation

Um diese drei Prioritäten umzusetzen wurde mit der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie ein komplexer Interaktionsrahmen geschaffen, der weit über die Dialogformen des Kairo-Prozesses hinausgehen. Dieser Dialog kann in vier Ebenen verortet werden: Regierungsebene, Kommissionsebene, Parlamente und sonstige Organe und die Ebene der Zivilgesellschaft. Aus konstruktivistischer Perspektive wird durch diese Struktur ein Interaktionsraum geschaffen, der, wenn er entsprechend genutzt wird, zu Sozialisationsprozessen führen kann (Grimm/Gänzle 2010: 21). Im Zuge dieses Prozesses kann eine immer enger werdende interregionale Beziehung der AU-EU entstehen, da Fehlperzeptionen in der Interaktion vermieden werden können. Im Folgenden soll zuerst die Struktur, die die Strategie bereitstellt, analysiert werden, auch im Hinblick auf die darin handelnden Akteure beider Seiten.

3.2.2.1 Afrika-EU Gipfel

Auf den alle drei Jahre abzuhaltenden Gipfeln werden die Leitlinien der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie im Allgemeinen und der Partnerschaft für Frieden und Sicherheit im Speziellen gesetzt. Diese Gipfel haben die Aufgabe, den Grad der Implementierung zu überwachen, neue Strukturen und Themen aufzugreifen und diese in Form von Aktionsplänen für die weitere Bearbeitung innerhalb der strategischen Mechanismen zu verabschieden (AU/EU 2007b: 20). Für die interregionale Kooperation haben sie demnach die Funktion des Agendasettings, diese ist aber gefährdet durch den Faktor *Souveränität der nationalstaatlichen Entitäten* (siehe Punkt 2.3.2). Die Gipfel sind Treffen von Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer der zwei Regionalorganisationen und als solche sind sie nicht nur durch die Interessen ihrer Regionalorganisationen bestimmt, sondern werden zu einem großen Teil für nationalstaatlichen Afrika- und Europapolitiken genutzt. Dies zieht sich bis in die Vorbereitung der Gipfel, die auf der Ebene der mitgliedsstaatlichen Minister stattfindet (vgl. AU/EU 2007b: 20). Der Rahmen für die Beziehung der AU-EU ist demnach grundsätzlich von den Mitgliedstaaten bestimmt und deswegen auf diesem Stadium mit den divergierenden Interessen der Mitgliedstaaten sowie damit zusammenhängend mit Kohärenzproblemen der jeweiligen Außenpolitiken der Regionalorganisationen konfrontiert.

Bisher wurden nach dem Kairo-Prozess drei solche Gipfel durchgeführt. Der erste, wie oben erwähnt, im Jahr 2007 in Lissabon mit der Verabschiedung der Strategie und des ersten Action-Plans. Trotz der in Punkt 3.1.4 beschriebenen Simbabwe-Krise und der im Zuge der Ausladung von Präsident Mugabe entstandenen Verzögerungen konnte eine höchst ambitionierte gemeinsame Strategie ausgearbeitet werden. Die gleiche Situation wiederholte sich im Vorfeld des zweiten Gipfels in Tripoli im Jahr 2010. Die EU wollte ihre Teilnahme absagen, wenn der mit internationalem Haftbefehl gesuchte sudanesischer Präsident Umar al-Baschir an den Verhandlungen teilnehmen sollte. Durch das Eingreifen der libyschen Regierung wurde Bashir gehindert, am Gipfel teilzunehmen und der Gipfel konnte planmäßig stattfinden (Schmidt 2012: 104). Der dritte Afrika-EU Summit fand im April 2014 in Brüssel statt. Die im Vorfeld artikulierten Befürchtungen über einen „clash of continents“ bewahrheiteten sich nicht und es konnte die bereits oben genannte Roadmap für die Jahre 2014 bis 2017 beschlossen werden (vgl. AU-EU 2014). Von beiden Seiten wurde der Brüsseler Gipfel als eine Normalisierung der Beziehung zwischen den Kontinenten wahrgenommen, was vor allem durch die starke Fokussierung auf wirtschaftliche Themen erreicht wurde (El Fassi/Medinilla/Laporte 2014: 2f.).

3.2.2.2 Afrika-EU Troika-Treffen

Zwischen den Gipfeln sollen regelmäßig, zweimal im Jahr, Afrika-EU Troika-Treffen einen Austausch auf ministerialer Ebene gewährleisten. Die Troika besteht auf afrikanischer Seite aus den Außenministern der amtierenden und der vorherigen AU Präsidentschaft sowie der AU Kommission. Die EU wird repräsentiert durch die Außenminister der amtierenden und der nächsten EU Präsidentschaft. Dazu kommen die EU Kommission und das Sekretariat des Rats der Europäischen Union (Pirozzi 2009: 19). Aufgabe dieser Treffen ist neben dem allgemeinen Austausch, die Implementierung und die Überwachung der Aktionspläne (AU/EU 2007b: 21). Innerhalb der von den Afrika-EU Gipfeln vorgegebenen Leitlinien hat die Troika Entscheidungskompetenz über die konkreten Maßnahmen und Aktionen innerhalb der Gemeinsamen Afrika-EU Strategie. Als politische Instanz über den Joint-Expert Groups (siehe 3.2.2.3) entscheiden sie über die zuvor in diesen Gruppen besprochenen und verhandelten Themen. Damit ist die Troika maßgeblich für den Erfolg der Strategie verantwortlich (vgl. Sherriff/Ferreira 2010: 20).

Die Afrika-EU Troika-Treffen sind, wie beschrieben, in Folge des Kairo-Prozesses entstanden und in die Strategie mitaufgenommen worden. Hierbei wird dezidiert an vorherige Strukturen angeknüpft, die Institutionen und ihre Mechanismen sind bekannt und der Faktor *Institutionenkenntnis* wirkt sich kooperationsfördernd aus. Aus diesem Grund und aufgrund der Konstellation der Akteure lassen sich die gegensätzlichen Ergebnisse der Treffen erklären.

Die Troika-Treffen sind analog zu den Afrika-EU Gipfeln durch die Mitgliedsstaaten der Organisationen geprägt und mit den gleichen Problemen behaftet. Darüber hinaus können die Troika-Treffen aber auch als Impulsgeber der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie gesehen werden. Die Analyse der Abschlussberichte der jeweiligen Troika Treffen zeigt, dass die Strategie sehr kritisch von der Troika überwacht wurde und wird (Schmidt 2011: 260; vgl. Council of the European Union 2008; Council of the European Union 2009; Council of the European Union 2010). Verdeutlicht wird dies zum Beispiel an der Verabschiedung des selbstkritischen „Draft Joint Options Paper“ auf dem Troika-Treffen 2010 in Luxembourg in Vorbereitung auf den Gipfel in Tripolis (Council of the European Union 2010: 5ff).

Weiter zeigt sich, dass sich der sicherheitspolitische Diskurs innerhalb der Troika auf das Informieren und Austauschen über aktuelle Krisenherde, Konflikte und Entwicklungen beschränkt. So bestimmten seit der Einführung der Strategie die Themen Sudan, Region der Großen Seen Afrikas, Somalia und die Sahel Region die Troika-Treffen. (Council of the European Union 2008: 3ff; Council of the European Union 2009: 5f; Council of the European Union 2010: 2f). Auf dem Troika-Treffen 2008 in Brüssel wurde zum ersten Mal auch über die europäischen Konflikte in Georgien und im Kosovo gesprochen (Council of the European Union 2008: 5f). Dabei werden Informationen über das jeweilige Vorgehen in der Konfliktbearbeitung ausgetauscht. Die Gespräche enthalten, ob afrikanischer oder europäischer Konflikt, Absichtserklärungen und Hinweise auf Kooperationsmöglichkeiten.

3.2.2.3 Joint-Expert Groups

Die Joint-Expert Groups sind das Herzstück der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie. Ihre konkrete Arbeit besteht in der Umsetzung der Action-Plans. Für die sicherheitspolitische Partnerschaft bedeutet dies, dass für die drei genannten Prioritäten der Partnerschaft für Frieden und Sicherheit innerhalb der Joint Action Groups die konkreten Maßnahmen verhandelt werden.

Dabei sind diese Treffen informell, die letztendliche Entscheidung liegt bei der Afrika-EU Troika (AU/EU 2007b: 30).

Für jede der acht Partnerschaften der Strategie gibt es eine Expertengruppe, die sich wiederum aus dem Implementation Team der EU und der African Expert Group zusammensetzt (Grimm/Gänzle 2010: 81). Die Strategie sieht vor, dass sich die Joint-Expert Groups aus Experten von beiden Organisationen, internationalen Führungspersonen, Vertretern des europäischen und panafrikanischen Parlaments, und aus zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammensetzt. Im Fall der afrikanischen Gruppe sollen auch noch Vertreter der für die Sicherheitspolitik wichtigen Regionalorganisationen teilnehmen (AU/EU 2007b: 29).

Das Implementation Team der EU für Frieden und Sicherheit ist nach den drei Prioritäten der Partnerschaft organisiert: Die Beförderung des Dialogs wird geleitet durch die Europäische Kommission; die Leitung für die Operationalisierung der APSA ist zweigeteilt, in militärischen Fragen führt Frankreich, zivile und polizeiliche Aspekte übernimmt Italien; die dritte Priorität, die Finanzierung der Friedensmissionen, wird von Großbritannien in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission geleitet. Koordiniert wird das europäische Team durch das Sekretariat des Rats der Europäischen Union (Gänzle/Grimm 2010: 81). Die African Expert Group setzt sich aus den Mitgliedsländern Algerien, Äthiopien, Marokko³, Uganda, Burundi, Gabun, Ägypten und Kamerun. Algerien hat für die sicherheitspolitische Partnerschaft auf afrikanischer Seite die Leitung übernommen, die Koordinierungsarbeit übernimmt das Department of Peace and Security der AU-Kommission (Pirozzi 2009: 21).

Das Herzstück der Partnerschaft ist zugleich auch die Achillesferse der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie. Durch den informellen Aufbau haben die Übereinkünfte nur Empfehlungscharakter, Entscheidungskompetenz fehlt und an einer wirklichen Anbindung an die politische Ebene der Troika-Treffen mangelt es (Schmidt 2011: 261). Deswegen, so Schmidt (2011: 262), bestehe „die Gefahr, dass Kooperationsprojekte letztlich ohne ausreichende politische Grundlage begonnen werden würden und langfristig ins Leere laufen“. Durch die Abhängigkeit der Joint Expert Groups von den anderen interregionalen Mechanismen ist der Verhandlungsspielraum sehr eingeschränkt. Der Faktor *Komplexität inter-organisationalen Entscheidens* ist ein Grund dafür, denn wie in 2.3.2 erläutert, sorgt die vielschichtig angelegte Struktur für eine verlangsamte Politikgestaltung und trägt dazu bei, dass sich der kooperationshemmende Souveränitäts-Faktor auswirken kann. Durch die unterschiedlichen Ansichten, vor allem der afrikanischen Repräsentanten, können Entscheidungen der Joint-Expert Groups in den Troika-Treffen verhindert werden (vgl. Schmidt 2011: 261f). Zudem ist der politische Wille in diesem Forum zu kooperieren auf afrikanischer Seite nicht sehr ausgeprägt, die Beteiligung an den Treffen ist im Vergleich zu der Zahl der europäischen Experten sehr gering (Gänzle/Grimm 2010: 81; Pirozzi 2011: 3f).

3.2.2.4 Commission-to-Commission und EU-AU Task Force

Neben ihrer Teilnahme an den Troika-Treffen treffen sich die Kommissionen mit ihrem jeweiligen Konterpart. Die Gemeinsame Afrika-EU-Strategie spricht den Kommissionen eine zentrale Rolle als „driving forces behind the partnership“ (AU/EU 2007b: 21) zu. Neben der Überwachung des Fortschritts bei den Strategiezielen sollen die Treffen die politische Agenda für die gemeinsame Partnerschaft entwickeln. Des weiteren soll ein Austausch über die politischen Vorgänge

³ Die Gemeinsame Afrika-EU-Strategie schließt alle Länder des afrikanischen Kontinents mit ein und somit auch Marokko trotz Suspendierung von der AU. Daher auch die Namensgebung Afrika-EU-Strategie und nicht AU-EU-Strategie.

innerhalb der Regionalorganisationen hergestellt werden. Die Treffen mit den gesamten Kommissionen finden jährlich einmal statt, in der Zwischenzeit werden Gespräche innerhalb der EU-AU Task Force im halbjährlichen Rhythmus geführt. Gebildet werden die Task Forces durch die Mitarbeiter der Kommission (Tywuschik/Sherriff 2009: 10).

Auf den ersten Blick findet sich bei der Konstellation der Treffen ein institutionelles Ungleichgewicht. Die Kommission der Afrikanischen Union ist nach dem Design des Constitutive Act in Artikel 20 als Sekretariat definiert (AU 2002b: 14). Dagegen ist die Kommission der EU supranational aufgebaut und hat damit einen weitaus größeren Kompetenzrahmen im Vergleich zur AU-Kommission, die nur administrative Aufgaben erledigen soll. In Realität hat sich die AU-Kommission aber immer mehr exekutive Rechte vor allem im Bereich Frieden und Sicherheit entgegen den Regularien des Constitutive Acts an sich gezogen. Begründet ist dieser Machtgewinn in der politische Stärke der Kommissionsvorsitzenden und vor allem in der Schwäche des Peace Security Councils der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur (Schmidt 2010: 31).

Der Dialog der beiden Organe ist dadurch für den sicherheitspolitischen Austausch sehr relevant, jedoch mit Problemen behaftet. Die organisatorische Schwäche der AU macht auch vor der Kommission nicht Halt. Sie ist unterbesetzt, viele Mitarbeiter sind nicht entsprechend qualifiziert und ihr fehlen finanzielle Mittel (Schmidt 2008: 4).

3.2.2.5 Treffen AU PSC und EU PSC

Der Maßnahmenkatalog, um den Dialog zu forcieren, den der Action Plan zur Erreichung des Ziels bereithält, weist eine Vielzahl von Austauschmöglichkeiten auf. Eine weitere Möglichkeit sind die regelmäßigen Treffen des Peace and Security Council (AU PSC) mit seinem Gegenstück der Europäischen Union, dem Political and Security Committee (EU PSC)⁴, für den genuin sicherheitspolitischen Dialog (vgl. AU/EU 2007c: 6). Die Treffen sind begrenzt auf Konsultationen über sicherheitspolitisch relevante aktuelle Themen und dienen damit dem reinen Informations- und Wissensaustausch (Pirozzi 2011: 5).

Die Akteure dieser Treffen sind Repräsentanten der Mitgliedstaaten, da der AU PSC und der EU PSC intergouvernemental aufgebaut sind. Analog zu den AU-EU-Gipfeln kann sich auch hier der inter-organisationelle Faktor *Souveränität der nationalstaatlichen Entitäten* auswirken. Ähnlich wie im vorherigen Punkt besteht auch hier die Problematik des defizitären politischen und institutionellen Aufbaus der AU. Politisch ist das Peace and Security Council sehr schwach einzuschätzen und wird, wie oben beschrieben, von der AU-Kommission dominiert (Schmidt 2010: 31). Die afrikanischen Mitgliedsstaaten können aus finanziellen Gründen die Teilnahme ihrer Repräsentanten im Peace and Security Council nicht garantieren (Pirozzi 2011: 6).

3.2.2.6 Ständige Vertretungen in Addis Abeba und Brüssel

Der erste Action-Plan fordert einen innovativen Dialogmechanismus, in dem von beiden Regionalorganisationen mittels Botschaften in Addis Abeba und in Brüssel Möglichkeiten für einen ständigen Dialog geschaffen werden sollen (vgl. AU/EU 2007c: 6). Im Jahr 2007 wurde Koen Vervaeke als EU Sonderbotschafter für die Afrikanische Union und auch als Chef der EU-Delegation

⁴ Das Political and Security Committee ist ein permanentes Organ des Rats der Europäischen Union unter dem Vorsitz des EAD, bestehend aus Repräsentanten der EU-Mitgliedsländer (vgl. Howorth 2010: 2ff.).

in Addis Ababa eingesetzt (Pirozzi 2011: 4). Als Sonderbotschafter wurde er vom Hohen Vertreter Javier Solana eingesetzt und bestellt durch den Europäischen Rat. Die Delegationsleitungen unterlagen aber der Verantwortlichkeit der Außenkommissarin der Europäischen Kommission. Durch diese doppelte Funktion konnte die Repräsentation des Europäischen Rats und der Europäischen Kommission kombiniert und damit der in der Strategie geforderten Kohärenz in der Afrikapolitik gerecht werden. Dieses Mehr an Kohärenz wurde herausgefordert durch Solanas Ernennung von Pierre-Michael Joana als Special Advisor for African Peacekeeping, die Rollenaufteilung aber wurde nach kurzer Zeit informell geregelt (Pirozzi 2011: 4). Die Position wurde im Zusammenhang mit den Umstrukturierungen durch die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Diensts (EAD) im Jahr 2010 durch die neue Hohe Vertreterin für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU Catharine Ashton eliminiert und dafür im Rahmen des EAD die Position des Managing Direktor for Africa geschaffen (Pirozzi 2011: 5). Im November 2011 wurde Vervaeke abgelöst und Gary Quince als Sonderbotschafter und Head of Delegation für die AU eingesetzt. Mit der parallelen Einrichtung der permanenten Botschaft der AU in Brüssel zeigt diese Entwicklung einen deutlichen institutionellen Fortschritt und ist ein wichtiges Ergebnis der Partnerschaft, durch das eine regelmäßige Kommunikation und vor allem eine ständige Koordinierung der Delegationen der jeweiligen Mitgliedstaaten vor Ort gewährleistet werden kann (vgl. Lieb 2010: 7ff; AU/EU 2008: 8). Für das Zustandekommen des ersten Treffens des oben genannten AU PSC und EU PSC war diese Koordinierungsarbeit des Sonderbotschafters entscheidend, so Helly (2009: 151).

3.2.3 Problemmuster der interregionalen Beziehung

Es hat sich ein reger Dialog der zwei Regionalorganisationen durch die Mechanismen der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie gebildet, so dass ein „engles! Kommunikationsnetz in relativ kurzer Zeit geknüpft werden konnte“ (Schmidt 2011: 260). Trotz der Möglichkeiten der durch die Strategie implementierten interregionalen Mechanismen ist das Urteil über die Ergebnisse ambivalent. Der zweite Action-Plan verzeichnet für den Ausbau des politischen Dialogs einen wachsenden Austausch zwischen den zwei Partnerorganisationen. Weiter konstatiert er eine Stärkung der strukturellen Verzahnungen und Verbindungen der sicherheitspolitischen Organe und Institutionen (AU/EU 2010: 15). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Pirozzi (2011: 3), die im Allgemeinen eine deutliche Verbesserung der Kommunikation zwischen der AU und EU im sicherheitspolitischen Bereich feststellen kann. Dennoch zieht der Reviewbericht von 2009 über den Fortschritt der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie ein ernüchterndes Resümee über die partnerschaftliche Kommunikation: „Insufficient communication on the scope, role and mechanisms of this Partnership to the African stakeholders“ (AU/EU 2009: 3). Die sicherheitspolitische Kooperation als solches sei ausgeprägt, so Bossuyt/Sherriff (2010: 6), aber nur durch die Abhängigkeitsverhältnisse, die durch die Gemeinsame Afrika-EU-Strategie entstanden sind.

Worin liegen diese Kommunikationsdefizite begründet? Mit welchen Problemen sind Dialogstrukturen der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie konfrontiert? Die oben dargelegte Interaktionsstruktur ist vom institutionellen Design partnerschaftlich angelegt. Mit Hilfe der Analyse der Interaktionsstruktur und der Entstehungsgeschichte der Strategie können im Folgenden verschiedene Problemmuster identifiziert werden, die eine Partnerschaft auf Augenhöhe konterkarieren können.

3.2.3.1 Selbstverständnis der EU

Ein solches Problemmuster ergibt sich durch das Selbstverständnis der EU im Zusammenspiel mit dessen Perzeption der AU. Die Europäische Union tritt der Afrikanischen Union als normative Macht gegenüber. Dabei nimmt sie mehrere zusammenhängende Rollen ein, die sich alle auf den normativen Kern beziehen. Die EU versteht sich zum einen als Partner der Afrikanischen Union und zum anderen als Befürworter und Beförderer von Normen und Werten. Diese Sichtweisen spannten den Rahmen für die Konzeption der EU-Afrika-Strategie sowie für das Verhalten der EU in den Verhandlungen zur Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie. Determiniert sind dadurch auch das Verhalten und die Handlungsweise innerhalb der Strukturen und Mechanismen der strategischen Partnerschaft.

EU als Partner der Afrikanischen Union

In der interregionalen Beziehung sieht die EU die Afrikanische Union als gleichwertigen Partner. In einer Mitteilung der EU-Kommission an andere EU-Institutionen im Kontext der EU-Afrika-Strategie heißt es dementsprechend: „Entwicklungspolitiken und entwicklungspolitische Strategien können nicht von außen auferlegt werden“ (Kommission der EG 2005: 22). Der partnerschaftliche Gedanke durchzieht alle Dokumente, angefangen bei der EU-Afrika-Strategie bis hin zur Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie, die sogar in dezidiertem Zusammenarbeiten mit der AU-Kommission ausgearbeitet wurde (vgl. EU/AU 2007a; EU/AU 2007b; Council of the European Union 2005). Die Motive für diese Haltung gegenüber der afrikanischen Kontinentalorganisation liegen zum einen in der Vergangenheit Europas als Kolonialmacht und in den Veränderungen der außenpolitischen Identität, wie beispielweise dem modernisierten entwicklungspolitischen Verständnis der EU, zum anderen im sui-generis Charakter der EU (vgl. Vetter 2007: 12). Man will nach Aussage des EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso das „[...] anachronistische und einseitige Geber-Nehmer-Beziehungsmuster“ (Barroso 2007: 7) auflösen. Dies manifestiert sich in der EU-Afrika-Strategie, wenn sich die EU, wie in Punkt 3.1.3 dargelegt, von sich aus auf das sogenannte African Ownership als Leitmotiv und oberstes Prinzip einigt. Untermuert wurde dieses Statement mit der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie, indem diese unilaterale Bekräftigung der Partnerschaft in ein gemeinsam ausgearbeitetes Dokument aufgenommen wurde. Zusammenfassend hat sich mit der Gründung der Afrikanischen Union eine Organisation mit einem zur EU komplementären Aufbau herausgebildet, welche durch dieselben Prozesse der regionalen Integration eine vergleichbare Identität besitzt. Deswegen konnte, wie es in einem gemeinsamen Papier der Kommission und des Rats der Europäischen Union im Vorfeld des Lisbon-Gipfels heißt, eine „Partnership of Equals“ (European Commission 2007: 1) entstehen. Dieser Partnerschaftsgedanke, der immer wieder von der EU in Bezug auf die Entstehung der zwei Strategien postuliert wird, strukturierte das außenpolitische Verhalten in den Verhandlungen. Spezielle institutionelle Rahmen wurden in der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie genau an diesem Rollen aspekt ausgerichtet, wie zum Beispiel die paritätisch besetzten Joint-Expert-Groups oder der Africa-EU Joint Task Force (vgl. 3.2.2).

Die EU als Beförderer von Normen und Werten

Der zweite Aspekt, der die Rolle gegenüber der Afrikanischen Union ausmacht, ist die EU als Beförderer von Normen und Werten. Die Europäische Union handelt nach ihren Normen und will diese auch verbreiten. Die Punkte Frieden, Rechtsstaatlichkeit, Good Governance, nachhaltige Entwicklung, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Menschenrechte und Freiheit finden sich in allen

Dokumenten, die im Zusammenhang der Strategien stehen, und bestimmen als Leitlinien die gemeinsamen Ziele und Instrumente (vgl. EU/AU 2007a; EU/AU 2007b). Da Papier geduldig ist, wird von europäischer Seite in Verlautbarungen immer wieder auf diese wichtigen Normen hingewiesen. So schreibt der EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso über den Bereich der sozialen Gerechtigkeit:

„Das zentrale Stichwort in diesem Zusammenhang heißt ‚Solidarität‘. Eine Solidarität, der die Europäer in der internationalen Zusammenarbeit ihren Stempel aufdrücken müssen“ (Barroso 2007: 9).

Dieses Zitat zeigt, dass die Europäische Union zwar auf der oben genannten partnerschaftlichen Beziehung ihre Außenpolitik aufbaut, jedoch ihre Normen und Werte mit dem „Stempel“ in die Welt und in diesem Fall nach Afrika befördern möchte.

Welche Tragweite und Auswirkungen dieser Rollen aspekt haben kann, zeigte sich zwischen dem ersten EU-Afrika-Gipfel in Kairo und dem Lissaboner Gipfel in der sogenannten Simbabwe-Krise (vgl. 3.1.4) und dem diplomatischen Gezerre durch die Teilnahme des sudanesischen Präsidenten vor dem Gipfel in Tripoli 2010 (vgl. 3.2.2.1). Diese Ereignisse zeigen, dass die EU nach ihren Normen und Werten handelt, obgleich dies zu solchen diplomatischen Verwerfungen führen kann.

Eine Idee ist in der interregionalen Beziehung mit der Afrikanischen Union von besonderer Wichtigkeit: Die Förderung der regionalen Integration. In der EU-Afrika-Strategie ist das Capacity-Building der afrikanischen Kontinentalorganisation ein wichtiges strategisches Ziel mit finanziellen Vorgaben (Council of the European Union 2005: 3). Und in der Gemeinsamen Strategie heißt es: „To strengthen and promote [...] regional and continental integration in Africa“ (EU/AU 2007b: 2). Wie in Punkt 3 erläutert, ist es der EU aufgrund des eigenen regionalen Charakters ein Anliegen, diese Idee in Afrika zu fördern, so dass Sherriff/Ferreira (2010: 10) von der regionalen Integration als dem wichtigsten und fundamentalsten Prinzip der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie sprechen.

3.2.3.2 Perzeption der EU durch die AU

Wie wird diese beschriebene Rolle von der Afrikanischen Union aufgefasst? Das Selbstverständnis ist nur die eine Seite, die Andere stellt die Perzeptionen der Afrikanischen Union dar.

Aufgrund der oben schon angesprochenen kolonialen Vergangenheit war und ist es der Afrikanischen Union in der interregionalen Beziehung sehr wichtig, dass eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zustande kommt. Der Rollen aspekt, die Europäische Union als Partner der Afrikanischen Union, wurde dabei offiziell angenommen und in den gemeinsamen Dokumenten immer wieder festgehalten. Jedoch wird dies genau hinterfragt, so wies zum Beispiel das Forum der afrikanischen Staats- und Regierungschefs, der Executive Council, vor dem Gipfel die AU-Kommission an, alle Maßnahmen zu ergreifen, so dass alle afrikanischen Akteure ihre Anliegen am Lissabon-Gipfel einbringen könnten. Im gleichen Zug wurde der Vorsitzende der Kommission aufgefordert, die speziellen afrikanischen Entwicklungsbedürfnisse zu beachten und sich beim Gipfel dafür einzusetzen (AU 2007). Dies zeigt, dass die Afrikanische Union sehr darauf bedacht war, dass eine Zusammenarbeit unter Gleichen in der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie festgeschrieben wird. Alles in allem wird die Europäische Union als Partner angenommen, was sich auch daran ablesen lässt, dass von afrikanischer Seite die Initiative für die Gemeinsame Afrika-EU-Strategie ausging.

Zudem sieht die Afrikanische Union die Europäische Union als Modell und Vorbild ihres eigenen regionalen Integrationsprozesses, was positive Auswirkungen auf die Perzeption der EU als Partner hat. In diesem Sinne konstatiert der AU-Wirtschaftskommissar Maxwell M. Mkwezalamba:

"In view of the significant progress made by the European Union in similar endeavours, the AU stands to draw valuable lessons from the European experience" (Mkwezalamba zitiert nach Sicurelli 2010: 187)

Die EU als Förderer der Ideen und der regionalen Integration wird von der afrikanischen Union sehr positiv gesehen.

Davon abweichend verhält sich die Perzeption der AU beim Rollen aspekt, der EU als Beförderer von Normen und Werten. Die Normen und Werte in der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie wurden von der Afrikanischen Union mitgetragen und auch maßgeblich mitgestaltet, jedoch kommt es immer wieder zu unterschiedlichen Ansichten und Missstimmungen. Deutlich zeigte sich dies in der oben schon erwähnten Simbabwe-Krise. Es kam zur Absage des Lissabon-Gipfels, da beide Seiten unvereinbare normative Positionen eingenommen hatten. Die Afrikanische Union und auch die afrikanischen Staaten wollten keine Bevormundung eines souveränen Staatschefs zulassen.

Zusammenfassend lässt sich die Perzeption der Europäischen Union als ambivalent beschreiben. Die EU wird als normative Macht und als ein Akteur wahrgenommen, der versucht seine Werte und Normen durchzusetzen. Dabei werden einige Aspekte als positiv gesehen, beispielsweise die Unterstützung im institutionellen Aufbau der AU, andere hingegen als sehr negativ, wie das Verhalten der EU in der Simbabwe-Krise. Es kann damit festgehalten werden, dass der Faktor *Normativer Interregionalismus* eine sehr starke Wirkung in der Beziehung entfalten kann und als solcher es vermag die Anstrengungen eine Partnerschaft auf Augenhöhe zu torpedieren. Die damit einhergehende Dominanz der EU würde die Autonomie der AU im sicherheitspolitischen Bereich einschränken und so kooperationshemmend wirken (vgl. Faktor *Autonomie* in 2.3.2).

3.2.3.3 Unterschiedliche Perzeption von Sicherheit

Im Rückgriff auf die Theorie (siehe 2.3.1) ist in der sicherheitspolitischen Interaktion ein weiteres Problemmuster zu identifizieren: Die unterschiedliche Perzeption von Sicherheit und die damit in Verbindung stehenden Sichtweisen zu Souveränität und Intervention können zu unterschiedlichen Rollensets führen. Die Afrikanische Union hat sowohl rhetorisch als auch institutionell verankert eine ähnliche Idee von Sicherheit wie die Europäische Union. So gründet die 2004 im libyschen Sirte verabschiedete Gemeinsame Afrikanischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik auf einem multidimensionalen Sicherheitsansatz, indem der Sicherheitsbegriff über den Staat hinaus auch die Individuen in einem erheblichen Maß berücksichtigt:

"This newer, multi-dimensional notion of security thus embraces such issues as human rights; the right to participate fully in the process of governance; the right to equal development as well as the right to have access to resources and the basic necessities of life; the right to protection against poverty; the right to conducive education and health conditions; the right to protection against marginalization on the basis of gender; protection against natural disasters, as well as ecological and environmental degradation." (AU 2004: 3)

Dies deckt sich zum einen mit den in Artikel 2 und 3 des Vertrag von Lissabon verankerten Grundbestimmungen der EU, zum anderen auch mit dem in der Europäischen Sicherheitsstrategie verwendeten Sicherheitsbegriff (vgl. Europäischer Rat 2003: 2f). Die Basis für eine gleiche Perzeption von Sicherheit ist damit gelegt, dennoch lässt sich mit einem detaillierteren Blick in

die Ausformungen des jeweiligen Sicherheitsbegriffs ein hohes Konfliktpotenzial für die Kooperation ausmachen. In der Europäischen Sicherheitsstrategie werden als Hauptbedrohungen für die europäische Sicherheit internationaler Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, das Scheitern von Staaten, und die organisierte Kriminalität genannt (Europäischer Rat 2003: 3f). Der afrikanische Hauptfokus, festgesetzt in der Gemeinsamen Afrikanischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, liegt dagegen hauptsächlich auf zwischenstaatlichen Konflikten, innerstaatlichen Konflikten und instabilen Post-Konfliktsituationen. Erst in zweiter Reihe unter dem Punkt „external threats“ werden Bedrohungen, wie internationaler Terrorismus und organisierte Kriminalität genannt (vgl. AU 2004: 4f). Der Sicherheitsbegriff fußt demnach auf dem gleichen Fundament, der Fokus aber ist bei beiden Regionalorganisationen unterschiedlich ausgerichtet. Mair/Petretto (2010: 41) fassen die Auswirkungen für die Beziehung zusammen: „The very different perceptions of security risks do not make for easy co-operation between AU and EU in the field of peace and security“.

Diese Unterschiede setzen sich in der Perzeption von Souveränität und Intervention fort. Das Kernprinzip der Organisation der Afrikanischen Einheit war die Wahrung der Souveränität, woraus eine strikte Politik der Nicht-Einmischung folgte. Trotz aller progressiven sicherheitspolitischen Mechanismen der AU und der Verinnerlichung der R2P in der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur wird die Wahrung der Souveränität weiterhin von den Mitgliedstaaten als elementar betrachtet (Brosig 2013: 292; Dallaire 2010: xix). Deswegen wurde in Artikel 4 als Prinzip der Afrikanischen Union die Ablehnung von verfassungswidrigen Regierungswechseln festgehalten (vgl. AU 2002b: 5). Innerhalb des sicherheitspolitischen Dialogs kann es daher zu Differenzen kommen, da die Themen und die konkreten Maßnahmen an bestimmten Vorstellungen von Sicherheit ausgerichtet sind. Sich zum Teil so entgegenstehende Ansichten können im schlimmsten Fall zur Stagnation der sicherheitspolitischen Kooperation führen und eine Zusammenarbeit in bestimmten Themen unmöglich machen.

3.2.3.4 Institutionelle Kapazitäten und Ressourcenmangel

Eines der zentralen Probleme der interregionalen Beziehung der AU-EU sind die ungleiche Ausstattung mit Ressourcen und die unterschiedlichen institutionellen Kapazitäten der beiden Regionalorganisationen. Dies betrifft zum einen die generellen Kapazitäten der Afrikanischen Union und zum anderen die Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur. Die Afrikanische Union ist seit ihrer Gründung im Jahr 2002 trotz Fortschritten noch immer im Aufbau begriffen und mit vielen Problemen konfrontiert. Die Schwierigkeiten sind vornehmlich intern zu finden, im personellen und finanziellen Bereich und gerade dort haben sie direkte Auswirkungen auf den partnerschaftlichen Dialog. Eine 2008 vom Europäischen Parlament veröffentlichte Studie, die der Afrikanischen Union eine schlechte personelle Ausgangslage und ein hohes Potenzial in der Qualifikation des Personals bescheinigt, verdeutlicht diesen Engpass (European Parliament 2008: 18). Konkret wirkt sich dies im Rahmen des interregionalen Dialogs aus, wenn die afrikanischen Mitgliedsstaaten, wie in 3.2.2.5 dargelegt, aus finanziellen Gründen die Teilnahme ihrer Repräsentanten im Peace and Security Council nicht garantieren können (Pirozzi 2011: 6). Im Vergleich der beiden Kommissionen verdeutlicht sich dieses Bild: Im Jahr 2012 beschäftigte die AU Kommission 669 Mitarbeiter, die Europäische Union dagegen 33000 (Adebajo/Paterson 2012: 2). Zu diesen generell schwachen Kapazitäten kommt im sicherheitspolitischen Bereich die finanzielle Schieflage der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur. Die Ausführungen in 3.1.1 haben die Finanzierungslücke des Special Peace Fund aufgezeigt. Welche Auswirkungen dies auf die Beziehungen der AU und EU hat, fasst Franke zusammen:

„The AU's growing dependence on European funds means that the EU is increasingly in a position to determine the character of Africa's emerging security architecture through the selective application of its financial muscle.“
(Franke 2009b: 73)

Diese Asymmetrie begünstigt, dass die Europäische Union als dominanter Partner perzipiert wird (Sherriff/Ferreira 2010: 21). Damit können sich die eigentlichen kooperationsfördernden Faktoren *Nützlichkeit* und *Notwendigkeit* in das Gegenteil umkehren. Zwar hat der stellvertretende Kommissionpräsident Erastus Mwencha auf dem Jubiläumsgipfel der Afrikanischen Union im Jahr 2013 angekündigt, dass die AU unabhängiger von externen Gebern werden will und anstrebt das Budget langfristig nur noch aus afrikanischen Mittel zu bestreiten (Al Jazeera 2013). Die Realität zeigt aber ein anderes Bild. Im Jahr 2004 haben nur 13 Mitgliedsstaaten ihre Beiträge entrichtet und auch generell war in der Anfangsphase der AU das Budget viel zu gering bemessen (Schmidt 2005: 25). Auch später im Jahr 2009 hat sich die Situation nur minimal verändert. So hat Maxwell Mkwezalamba, der Kommissar für Finanzen, die afrikanischen Finanzminister eindringlich auf die sehr kritische finanzielle Lage der Afrikanischen Union bei einem Treffen in Addis Abeba aufmerksam gemacht (AU Monitor 2009). 2013 legte das High Level Panel on Alternative Sources of Funding the AU unter Vorsitz des früheren Präsidenten Nigerias Obasanjo einen Bericht vor, der neben zahlreichen Politikvorschlägen ein ernstes Bild der Finanzen der AU zeichnet: 95 Prozent der gesamten AU Budgets und Programme sind derzeit von externen Gebern finanziert (Begashaw 2013).

3.2.3.5 Außenpolitische Kohärenz und politischer Wille

Aufgrund der Tatsache, dass die Nationalstaaten noch immer sehr wichtige Akteure in der Kooperationsbeziehung sind, ist die außenpolitische Kohärenz zwischen den Mitgliedsstaaten der Regionalorganisationen eine weitere Problematik, mit der die gemeinsame Strategie zu kämpfen hat. Wie sich in der Analyse der Interaktionsmechanismen gezeigt hat, sind die Nationalstaaten in Form ihrer Staats- und Regierungschefs auf den Gipfeln und den Außenministern in den Troika-Treffen in einer sehr machtvollen Position. Ohne die Einbindung und das Wohlwollen der Mitgliedsländer hätte die Entwicklung der interregionalen Zusammenarbeit so nicht eintreten können. Der im theoretischen Teil dargelegte Faktor *Souveränität der nationalstaatlichen Entitäten* kann deswegen hemmend auf die AU-EU-Beziehung wirken.

Der intergouvernementale Aufbau der AU trägt dazu bei, dass ein kohärentes Auftreten der Afrikanischen Union gegenüber der Europäischen Union innerhalb der Interaktionsmechanismen oft nicht gegeben ist. Gerade in der Perzeption von Sicherheit (siehe 3.2.3.3) hat dies Auswirkungen, da durch die Heterogenität der Mitgliedsstaaten der AU in diesen Fragen ein Konsens über Werte und Normen schwieriger wird (Schmidt 2010: 26). Die Außenpolitik der Afrikanischen Union ist deswegen sehr stark abhängig vom politischen Willen der Regionalmächte Afrikas, wie Südafrika, Nigeria oder Äthiopien.

Eine kohärente Politik auf dem afrikanischen Kontinent ist auch in der Europäischen Union trotz GASP/GSVP und der EU-Afrika-Strategie nicht immer festzustellen. Gründe dafür sind die noch immer vorhandenen intergouvernementalen Entscheidungsmechanismen in der GASP, sodass eine Entscheidungsfindung oftmals aufgrund der divergierenden Meinungen der Einzelstaaten schwierig ist (vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2011: 315). Für die europäische Afrikapolitik bedeutet dies, wie die Genese der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie gezeigt hat, dass gerade die in Afrika

aktiven Länder wie Großbritannien und Frankreich, aber auch Belgien ihre eigenen unabhängigen Afrikapolitiken verfolgen und so aufgrund möglicherweise unterschiedlicher Interessen eine gemeinsame europäische Afrikapolitik hemmen können (vgl. Söderbaum 2010: 6f).

4. DIE AU-EU BEZIEHUNG IM PRAXISTEST

Durch die Analyse der Genese der Gemeinsamen Afrika-EU Strategie und des Interaktionsrahmens konnten Problemmuster des interregionalen Dialogs festgestellt werden. Welche Wirkung hat der beschriebene interregionale Dialog der AU und EU auf die konkrete Bearbeitung von Ereignissen oder Sachfragen? Welchen Einfluss haben dabei die identifizierten Problemmuster der Beziehung? Zwei Fallbeispiele sollen diese Fragen beantworten und die Kooperation einem Praxistest unterziehen. Nur so zeigt sich, inwieweit der seit Gründung der AU andauernde Dialog mit der EU zum Abbau von Fehlperzeptionen geführt hat und eine Partnerschaft auf Augenhöhe Realität ist.

4.1 Fallbeispiel: Finanzierung der Friedensmission AMISOM

Die Finanzierung von Afrika-geführten Friedensmissionen in der Partnerschaft für Frieden und Sicherheit ist als dritte Priorität in dem Action-Plan der Gemeinsamen Afrika-EU Beziehung aufgeführt. Grund für die Implementierung dieser Priorität war, dass die AU Missionen neben einem personellen vor allem einem finanziellen Ressourcenproblem gegenüberstanden. Eine dieser ausschließlich von der AU geführten Missionen ist die African Union Mission in Somalia (AMISOM). Die Mission wurde im Januar 2007 vom AU PSC beschlossen und im Februar vom UN-Sicherheitsrat mit Resolution 1744 autorisiert (Gadin 2012: 75). Am Beispiel der AMISOM soll geprüft werden, ob und inwieweit die Gemeinsame Afrika-EU-Strategie ein Beitrag leisten konnte, die oben genannte Finanzierungslücke zu schließen.

4.1.1 Finanzierung von Friedensmissionen im Rahmen der Strategie

Um das Ziel zu erreichen, die vollständige Finanzierung der afrikanischen Friedensmissionen zu gewährleisten, sieht der erste Action-Plan einen dreistufigen Ansatz vor. Zur Sicherung einer langfristigen Finanzierung soll erstens innerhalb der APSA der AU-eigene Special Peace Fund aufgebaut werden (vgl. AU/EU 2007c: 9). Zweitens wird diese Finanzierung im Rahmen der Afrikanischen Friedensfazilität (AFF) und andere europäische Finanzierungsquellen wie das Instrument for Stability (IfS) gefördert. Daneben sollen drittens auch bilaterale Geber der europäischen und afrikanischen Staaten und Drittländer miteinbezogen werden (vgl. AU/EU 2007c: 9). Innerhalb der Struktur der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie werden diese finanziellen Maßnahmen in den Joint-Expert Groups verhandelt. Zur Koordinierung wurde das Joint Coordination Com-

mittee of the African Peace Facility eingerichtet. Die Entscheidung obliegt dann der AU-EU Troika, ob Vorschläge an die zuständigen Institutionen, wie dem Rat der Europäischen Union im Falle der AFF, weitergeleitet werden.

Da, wie in 3.1.1 erläutert, die Zahlungsmoral der afrikanischen Mitgliedsländer an den Special Peace Fund sehr bescheiden ist, bleibt die Afrikanische Friedensfazilität das hauptsächliche Finanzierungsinstrument der Partnerschaft für Frieden und Sicherheit (Pirozzi 2011: 8). Im Jahr 2004 vom Rat der Europäischen Union beschlossen, soll das Instrument Finanzmittel für die Durchführung von afrikanischen Friedensmissionen und den Aufbau der APSA bereitstellen (Wadle/Schukraft 2005: 99). Die Finanzmittel kommen aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EDF) im Rahmen des entwicklungspolitischen Cotonou-Abkommen (Wadle/Schukraft 2005: 105). Aus diesem Grund ist die Anwendung des AFF limitiert. Kosten für militärisches Material oder die Besoldung der Soldaten können davon nicht bezahlt werden, es werden nur Mittel im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Peacekeeping Missionen wie Transport oder medizinisches Verbrauchsmaterial berücksichtigt (Pirozzi 2011: 9).

4.1.2 Finanzielle Unterstützung der Friedensmission AMISOM

Seit Missionsbeginn im Jahr 2007 wurde AMISOM im Rahmen der Afrikanischen Friedensfazilität unterstützt. 35 Mio. Euro wurden dabei anfangs für die Kosten der Truppen aufgewendet. Außerdem erhielt die Mission von dem Instrument for Stability 5,5 Mio. Euro zum Unterhalt der Truppen sowie für die Kosten der Versicherungen. Im Dezember 2008 konnte die AFF weitere 20 Mio. Euro für die Mission bereitstellen und die EU beschloss eine Sonderzahlung von über 60 Mio. Euro. Zusätzliche 30 Mio. Euro wurden von der EU direkt an Uganda und Burundi gezahlt, um die laufenden Kosten dieser zwei Truppen stellenden Staaten zu decken (Vines 2010: 1099f). 2011 wurde nochmals eine Sonderzahlung in Höhe von 50 Mio. Euro von der Europäischen Kommission beschlossen (AU/EU 2011: 1). Stand 2012 betrug die Gesamtunterstützung der Europäischen Union für die AMISOM 325,5 Mio. Euro (AU/EU 2012: 1). Weitere Unterstützung leisteten die europäischen Mitgliedsstaaten, wie vom Action-Plan gefordert. Mit 10 Mio. Euro Direktunterstützung und einem 32 Mio. Euro starken Sonderdarlehen ist Italien der größte bilaterale Geber. Darauf folgt Schweden und Großbritannien mit 8,5 Mio. Pfund für Entwicklungsausgaben (Franke 2009c: 261).

4.1.3 Bewertung

Mit Hilfe der einzelnen Instrumente im Rahmen der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie konnte ein zentraler Beitrag zur Finanzierung der AMISOM geleistet werden. Dennoch sind, nach Franke (2009c: 262), für eine nachhaltige und Erfolg versprechende Missionsführung jährlich 560 Mio. Euro nötig. Im Vergleich dazu ist die Gesamtsumme von 325,5 Mio. Euro Unterstützung der Europäischen Union eher gering. Bei der Finanzierung der AMISOM wirken sich die generellen Problemfelder der Beziehung aus. Ein Grund für die Finanzierungslücke ist der fehlende politische Wille auf Seiten der Europäischen Union (siehe 3.2.3.5). Vines (2010: 1099) beschreibt deswegen die europäische Unterstützung der Mission als halbherzig. Die Mission an sich, als Einsatz der Afrikanischen Union, ist aber auch mit den Auswirkungen der schlechten finanziellen Kapazitäten der APSA belastet. Diese Unterfinanzierung, also das Ressourcenproblem der AU (siehe

3.2.3.4), ist zunächst einmal ein Problem des institutionellen Aufbaus der APSA, innerhalb dessen für die Peacekeeping-Missionen nur freiwillige Beiträge gezahlt werden müssen.

Trotz allem kann hier zusammenfassend dem Output der Kooperation ein eher positives Urteil ausgesprochen werden. Die Problemmuster wirken sich in negativer Weise aus, jedoch ist eine Kooperation zustande gekommen, die einen wichtigen Beitrag zu der Durchführung von Friedensmissionen leistet.

4.2 Fallbeispiel: AU und EU in der Libyenkrise

Ein Beispiel für eine konkrete Konfliktbearbeitung, welche die Kooperation der EU mit der AU auf eine Probe gestellt hat, war die Libyen-Krise im Jahr 2011. In ihrem Bericht für das Jahr 2011 an das Europäische Parlament beschreibt die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton die Zusammenarbeit mit der AU in der Libyen Krise sehr positiv: „[I]t demonstrated the added value of our political dialogue.“ (Council of the European Union 2012: 5) Zu einem fundamental anderen Urteil kommen Tull/Lacher (2012: 5), die allgemein von heftigen Kontroversen zwischen den westlichen Staaten und der AU in der Bewältigung des Libyen-Konflikts sprechen. Öhm/Schildberg/Sperling (2011) gehen noch einen Schritt weiter, indem sie eine Entfremdung zwischen Europa und Afrika festhalten. Welche Entwicklungen haben zu solchen gegensätzlichen Aussagen geführt?

Am 15. Februar 2011 hat die Arabellion auch Libyen erreicht. In der Stadt Bengasi demonstrierten zehntausende Menschen gegen das Regime von Muammar al-Gaddafi. Die Sicherheitskräfte reagierten schnell und versuchten die Aufstände brutal niederzuschlagen. Dennoch konnten die Protestierenden nur fünf Tage später die Kontrolle über die Stadt Bengasi übernehmen und es formierte sich eine Rebellengruppe mit dem Ziel Gaddafi zu stürzen (O'Brien/Sinclair 2011: 7). Mit der Drohung Gaddafis, „house by house“ (O'Brien/Sinclair 2011: 7) die Aufständischen umzubringen, war die Weltöffentlichkeit alarmiert.

4.2.1 Afrikanische Reaktion

Die Afrikanische Reaktion auf die Ereignisse in Libyen war vergleichsweise schnell. Schon am 23. Februar konnte der Peace and Security Council (AU PSC) noch vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Resolution beschließen, in der die Forderungen der Protestierenden anerkannt und eine Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen vorgenommen wurde. Mit Resolution 1970 reagierte drei Tage später auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit Sanktionen gegen das libysche Regime und schaltete den Internationalen Strafgerichtshof ein (O'Brien/Sinclair 2011: 7).

Mit der zunehmenden Debatte um die Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen traf am 10. März abermals der AU PSC zusammen, setzte einen Ad-Hoc-Ausschuss ein, und verabschiedete eine Roadmap zur Lösung des Konflikts. Sie sieht eine diplomatische Konfliktlösung vor, dem ein Waffenstillstand zwischen dem Gaddafi-Regime und den Rebellen vorausgeht, um so einen politischen Dialog herzustellen, der in eine politischen Übergangsphase mündet (Tull/Lacher 2012: 7). Damit ist der Rahmen für das weitere Vorgehen der AU festgelegt. Die politische Lösung ist für sie die einzig mögliche. In diesem Sinne stellt das Abschlusscommuniqué des AU PSC klar:

"Reaffirms its strong commitment to the respect of the unity and territorial integrity of Libya, as well as its rejection of any foreign military intervention, whatever its form;" (AU 2011: 1)

Mit Resolution 1973 wurde genau diese Verlautbarung konterkariert und es wurde zum ersten Mal im Rückgriff die Responsibility to Protect (R2P) die NATO ermächtigt, den Schutz der Zivilbevölkerung durchzusetzen und eine Flugverbotszone über Libyen einzurichten. Zudem stimmten alle drei afrikanischen Mitglieder des Sicherheitsrates, Südafrika, Nigeria und Gabun, für die Resolution und folgten damit nicht den Beschlüssen ihrer Kontinentalorganisation (Tull/Lacher 2012: 7). Auch nach dem Beginn des NATO-Einsatzes hielt die AU an ihrer Roadmap fest. Die Vermittlungsversuche des Ad-Hoc-Ausschuss vor Ort wurden zwar von Gaddafi anerkannt, das National Transitional Council (NTC) hingegen lehnte er ab. Neben dem sukzessiven Scheitern der Roadmap-Initiative, beschlossen die afrikanischen Staats- und Regierungschefs auf dem AU-Gipfel in Malabo, nicht mit dem IStGH zu kooperieren (Tull/Lacher 2012: 8). Auch in der Frage der Anerkennung des NTC blieb die AU stur. Selbst nachdem Tripolis Ende August gefallen und vollständig in der Hand der Aufständischen war, lehnte der AU Peace and Security Council den Übergangsrat ab. Erst nachdem innerhalb der Afrikanischen Union immer mehr Mitgliedsstaaten die neue libysche Führung anerkannten, folgte das AU PSC zwei Monate später im Oktober und sprach die Anerkennung für den NTC aus (Tull/Lacher 2012: 9).

4.2.2 Europäische Reaktion

Demgegenüber steht die Reaktion der Europäischen Union. Ähnlich schnell wie die AU reagierte die Hohe Vertreterin Catherine Ashton und der Europäische Rat, indem sie die Gewalt verurteilten (Koenig 2011: 14). Jedoch lässt sich hier schon ein zentraler Unterschied zum Vorgehen der AU feststellen. In der Deklaration der Sondersitzung des Europäischen Rats heißt es:

„Colonel Kadhafi must relinquish power immediately. His regime has lost all legitimacy and is no longer an interlocutor for the EU.“ (European Council 2011: 3)

Eine Lösung des Konflikts war für die EU nur möglich mit einem Regimewechsel und der Abdankung Gaddafis. Deswegen stellte sie sich hinter die UN Resolution 1970 und verhängte Sanktionen gegen das libysche Regime (Koenig 2011: 15). Mit der Legitimation des zweiten relevanten regionalen Akteurs, der Arabischen Liga, kam es mit der Verabschiedung der oben genannten Resolution 1973 des UN Sicherheitsrats zu einer weiteren Entfernung von den Standpunkten der Afrikanischen Union (Tull/Lacher 2012: 7). Die europäischen Staaten Frankreich und Großbritannien waren zusammen mit den USA die Treibkraft für die Durchsetzung der Flugverbotszone und weiterer Sanktionen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Trotz aller Kohärenzprobleme zwischen den europäischen Mitgliedstaaten folgte die EU der Resolution 1973 und verhängte weitere Finanzsanktionen (vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2011: 317). Am 1. April entschied sich der Europäische Rat für die Einrichtung der humanitären Mission EUFOR Libya, die letztlich doch nicht zustande kam (Koenig 2011: 15). Dies zeigt aber, inwieweit die Politik der EU der oben dargelegten politischen Lösung der AU entgegensteht. Weitere Schritte der EU folgten, die Hohe Vertreterin eröffnete Verbindungsbüros in Bengasi und der EAD führte im August eine Vorbereitungsmission in Libyen durch, um Kontakt zum Übergangsrat herzustellen.

4.2.3 Bewertung

Am 31. Oktober 2011 konnte der NATO-Einsatz militärisch erfolgreich beendet werden. In Bezug auf die interregionale Beziehung zwischen der EU und AU blieb nach dem Einsatz die Erkenntnis, dass sich die Organisationen in der Bearbeitung in der Libyen-Krise diametral entgegenstanden. Trotz der Zusammenarbeit in der Cairo Group und der Libyen-Kontaktgruppe wirkte sich die unterschiedliche Perzeption von Sicherheit in ihrer vollen Geltung aus (vgl. 3.2.3.2). Die Europäische Union und insbesondere die am NATO-Einsatz teilnehmenden europäischen Mitgliedsstaaten ignorierten die AU in ihrer Ablehnung einer Intervention in Libyen (vgl. Öhm/Schildberg/Sperling 2011: 5). Eine Intervention wurde kategorisch von der AU ausgeschlossen und eine politische Lösung mit Einbeziehung von Gaddafi wurde angestrebt, die EU machte gleich zu Anfang klar, dass eine Lösung mit Gaddafi nicht möglich sei.

Zu erklären ist das Verhalten den unterschiedlichen Perzeptionen von Sicherheit. Wie in 3.2.3.2 dargelegt, ist die Sicherheit des Staates noch immer ein hohes Gut für die Afrikanische Union, woraus eine grundsätzliche Ablehnung von verfassungswidrigen Regierungswechseln resultiert. Wenn, wie im vorliegenden Fall, dieser Wechsel mit Hilfe einer nichtafrikanischen Koalition mit nichtafrikanischem Militär auf afrikanischem Boden geschehen soll, steht das im eklatanten Widerspruch mit den Grundsätzen des African Ownership der AU. Durch das Ignorieren der APSA-Institution PSC und seiner Roadmap haben sich die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten gegen die Grundprämissen der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie gestellt. Die Marginalisierung der Mechanismen der APSA, die als solches durch die Strategie aufgebaut werden soll, lässt eine Partnerschaft auf Augenhöhe zur Makulatur werden (vgl. Öhm/Schildberg/Sperling 2011: 5). Aber auch das Verhalten der Afrikanischen Union hat mit dem sturen Festhalten an der Roadmap, obwohl eine politische Lösung unerreichbar wurde, zu dieser Situation beigetragen.⁵ Eine weitere Erklärungsmöglichkeit bietet die in Punkt 3.2.3.5 als Problemmuster identifizierte fehlende außenpolitische Kohärenz innerhalb der beiden Organisationen. Großbritannien und Frankreich haben sich, wie oben angedeutet, schon vor der außerordentlichen Sitzung des Europäischen Rats in ihrer Meinung festgelegt, die eine andere Vorgehensweise der EU unmöglich machte (Müller-Brandeck-Bocquet 2011: 317). In der Afrikanischen Union waren es vor allem Südafrikas Staatschef Zuma und Ugandas Staatschef Museveni, die die politische Linie vorgaben. So weigerte sich Südafrika beispielsweise im Sicherheitsrat die eingefrorenen Gelder an den libyschen Übergangsrat freizugeben, obwohl zu diesem Zeitpunkt mehrere afrikanische Länder (Nigeria, Gabun, Äthiopien) den TNC anerkannt hatten (Tull/Lacher 2012: 9). Zusammenfassend ist mit Brosig (2013: 300) zum Libyen-Fall festzuhalten:

„European and African security concepts do not always point in the same direction and the JAES [Joint African-EU Strategy] has so far not been a place in which differentiating security cultures could be mediated.“

Die Interaktionsmechanismen der interregionalen Beziehung der AU-EU haben in diesem Fall zu keinem besseren Verständnis in der Sicherheitspolitik geführt haben. Die zwei Akteure kooperierten aufgrund der in Punkt 3.2.3 identifizierten Problematiken nicht miteinander.

⁵ Warum die AU an der Roadmap festgehalten hat, erklärt sich neben den Genannten durch den sogenannten Gaddafi-Faktor und der Rolle Südafrikas, siehe dazu Tull/Lacher 2012: 9ff.

5. RESÜMEE

Die Afrikanische Union und die Europäische Union kooperieren gemeinsam für mehr Sicherheit. Zweifellos kann die Gemeinsame Afrika-EU-Strategie dabei als Meilenstein für die institutionalisierte Zusammenarbeit der AU und EU gesehen werden. Zusammen will man den mannigfaltigen Problemen und Krisen auf dem afrikanischen Kontinent begegnen. Wie in Punkt 3.2.2 gezeigt, hat sich zur Erreichung dieses Ziels eine komplexe, partnerschaftlich angelegte Interaktionsstruktur zwischen den beiden Partnern herausgebildet.

Die Messlatte ist hoch angesetzt, der Dialog soll gleichberechtigt sein, beide Partner wollen auf Augenhöhe miteinander kooperieren, um mehr Sicherheit zu generieren. Theoretisch betrachtet sind auch die eingangs aufgestellten Indikatoren für eine tiefe Kooperation alle erfüllt. Trotzdem ist das bisherige Ergebnis ernüchternd. Das zweite Fallbeispiel (siehe 4.2) zeigte eindrücklich, dass der Austausch innerhalb der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie in diesem so wichtigen Konflikt keinen Beitrag zu einer gemeinsamen Konfliktbearbeitung geleistet hat. Ansätze für eine Kooperation mit handfesten Ergebnissen sind vorhanden, wie das erste Fallbeispiel (siehe 4.1) gezeigt hat, jedoch wurde auch deutlich, dass innerhalb dieser Interaktionsstruktur ein Dialog auf Augenhöhe mit vielen Problemen konfrontiert ist.

Durch die Untersuchung kristallisierten sich fünf solcher Problemmuster heraus (vgl. 3.2.3): Das Selbstverständnis der EU, die Perzeption der EU durch die AU, die unterschiedliche Perzeption von Sicherheit, Institutionelle Kapazitäten und Ressourcenmangel und die Außenpolitische Kohärenz und politischer Wille der beiden Regionalorganisationen. Der theoretische Ansatz des Interregionalismus verbunden mit dem Inter-organisationalen Modell legte dafür den analytischen Rahmen, mit dessen Hilfe für die AU-EU-Beziehung relevante Faktoren herausgearbeitet werden konnten (vgl. 2.3). Die auf dieser Basis durchgeführte Analyse der Entstehungsgeschichte der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie und die darauf folgende Untersuchung der Interaktionsmechanismen zeigten die Hemmnisse und Konfliktmöglichkeiten auf, die zu den für die AU-EU-Beziehung spezifischen Problemmustern führten: Die Europäische Union handelt normativ und will ihre Interessen durchsetzen. In nichts nach steht ihr dabei die Afrikanische Union, wenngleich ihre Kapazitäten weitaus geringer sind, um sich der Dominanz der Europäischen Union zu erwehren. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Verfasstheit als Regionalorganisation der Partner, ob intergouvernemental oder supranational, noch immer haben die Mitgliedstaaten einen immensen Einfluss auf die Außenpolitik und so auch auf die AU-EU-Beziehung. Aufgrund ihrer unterschiedlichen Vergangenheit und Gegebenheiten haben sie jeweils eine spezifische außenpolitische Identität, die sich in divergenten Perzeptionen äußert und so zu Konflikten oder Hemmnissen führen kann. Die Rekonstruktion der EU-AU Beziehung sowie die empirischen Fallbeispiele zeigen demnach deutlich, dass zwar die materiellen Ungleichgewichte und materiellen Unzulänglichkeiten der Afrikanischen Union eine wichtige Rolle spielen, jedoch die ideellen Faktoren und unterschiedlichen Wahrnehmungen eine zentrale Bedeutung in der konkreten Ausgestaltung der Beziehung haben.

Für die seit April eingeleitete Phase mit der neuen Roadmap von 2014 bis 2017 und darüber hinaus im alltäglichen interregionalen Dialog wird an diesen Problemfeldern zu arbeiten sein, um diese so wichtige Kooperation für Afrika und Europa zu stärken und sich gleichberechtigt gegenüber zu stehen. Interessant dabei wird sein, ob die seit Juli 2012 amtierende AU-Kommissionvorsitzende Dlamini-Zuma neue Impulse für die Gemeinsame Afrika-EU-Strategie setzen kann und ihre in der Einleitung erwähnte Forderung, die Partnerschaften weiterzuentwickeln, weiter vorantreiben kann. Denn nur so können die gemeinsame Potentiale für beide Kontinente

ausgeschöpft werden, denn wie der Präsident des Europäischen Rats Van Rompuy richtigerweise während der Brüssel Gipfels im April 2014 feststellte, lautet ein für die AU-EU Beziehung sinnbildliches afrikanisches Sprichwort: "If you want to go quickly go alone. If you want to go far go together".

Bibliographie

Dokumente:

African Union 2002a: Protocol relating to the establishment of the Peace and Security Council of the African Union. Durban, 09.07.2002. [Zitiert als AU 2002a].

<http://www.africa-union.org/root/au/auc/departments/psc/asf/doc/PSC%20protocol.pdf>, zuletzt geprüft am 10.11.2012.

African Union 2002b: Constitutive Act of the African Union. Lomé, 11.07.2002. Zitiert als AU 2002b].

http://www.au2002.gov.za/docs/key_oau/au_act.pdf, zuletzt geprüft am 10.11.2012.

African Union 2004: Solemn Declaration on a Common African Defence and Security Policy. Sirte, 28.02.2004. [Zitiert als AU 2004].

http://www.africa-union.org/News_Events/2ND%20EX%20ASSEMBLY/Declaration%20on%20a%20Comm.Af%20Def%20Sec.pdf, zuletzt geprüft am 10.11.2012.

African Union 2005: The Common African Position on the Proposed Reform of the United Nations: The Ezulwini Consensus". Addis Ababa, 08.03.2005. [Zitiert als AU 2005].

http://www.africa-union.org/News_Events/Calendar_of_%20Events/7th%20extra%20ordinary%20session%20ECL/Ext%20EXCL2%20VII%20Report.pdf, zuletzt geprüft am 10.11.2012.

African Union 2007: African Union Executive Council Declarations. Adis Adebaba, 28-29.06.2007. [Zitiert als AU 2007].

<http://www.eu2007.pt/NR/rdonlyres/D449546C-BF42-4CB3-B566-> http://www.africa-union.org/root/au/Conferences/2007/june/summit/doc/acra/EXCL_DECISIONS.pdf, zuletzt geprüft am 29.09.2012.

African Union 2011: Communique of the 265th Meeting of the Peace and Security Council. PSC/PR/COMM.2(CCLXV). Addis Ababa, 10.03.2004. [Zitiert als AU 2011].

http://au.int/en/dp/ps/sites/default/files/2011_mar_11_psc_265theeting_libya_communique_en.pdf, zuletzt geprüft am 19.11.2012.

African Union 2012: Address by the African Union Commission Chairperson Dr Nkosazana Dlamini Zuma. Adis Ababa, 15.10.2012. [Zitiert als AU 2012].

[http://www.au.int/en/dp/cpauc/sites/default/files/Dlamini-Zuma%20HandoverSpeech%20\(Final\).pdf](http://www.au.int/en/dp/cpauc/sites/default/files/Dlamini-Zuma%20HandoverSpeech%20(Final).pdf), zuletzt geprüft am 10.11.2012.

African Union/ European Union 2007a: Lisbon Declaration - EU Africa Summit. Lissabon, 8-9 December, 2007. [Zitiert als AU/ EU 2007a].

http://www.eu2007.pt/NR/rdonlyres/BAC34848-05CC-45E9-8F1D-8E2663079609/0/20071208LISBONDeclaration_EN.pdf, zuletzt geprüft am 29.09.2012.

- African Union/ European Union 2007b:** The Africa-EU Strategic Partnership: A Joint Africa-EU Strategy. Lissabon. [Zitiert als AU/ EU 2007b].
http://www.eu2007.pt/NR/rdonlyres/D449546C-BF42-4CB3-B566-407591845C43/0/071206jsapenlogos_formatado.pdf, zuletzt geprüft am 29.09.2012.
- African Union/ European Union 2007c:** First Action Plan (2008-2010): For the Implementaion of the Africa-EU Strategic Partnership. Lissabon. [Zitiert als AU/ EU 2007c].
http://ec.europa.eu/development/icenter/repository/EAS2007_action_plan_2008_2010_en.pdf, zuletzt geprüft am 19.11.2012.
- African Union/ European Union 2008:** Implementation of the Joint Africa-EU Strategy and its First Action Plan (2008-2010) : progress and way ahead. EU-Africa Ministerial Troika meeting. Brussels, 16.09.2008. [Zitiert als AU/ EU 2008].
http://www.africa-union.org/root/ua/Conferences/2008/sept/EA/16sept/Progress_and_way_ahead_en.doc, zuletzt geprüft am 13.11.2012.
- African Union/ European Union 2009:** Assessment report. 09.10.2009. [Zitiert als AU/ EU 2009].
http://europafrika.files.wordpress.com/2008/07/assessment_report_101009.pdf, zuletzt geprüft am 19.11.2012.
- African Union/ European Union 2010:** Joint Africa EU Strategy: Action Plan 2011-2013. Tripolis. [Zitiert als AU/EU 2010].
<http://europafrika.files.wordpress.com/2008/07/second-final.pdf>, zuletzt geprüft am 29.09.2012.
- African Union/ European Union 2011:** The EU provides additional support to security and peace in Somalia. 05.12.2011. [Zitiert als AU/EU 2011].
<http://www.africa-eu-partnership.org/news/eu-provides-additional-support-security-and-peace-somalia>, zuletzt geprüft am 21.11.2012.
- African Union/ European Union 2012:** The EU renewed its commitment to foster peace and security in Somalia. 21.02.2012. [Zitiert als AU/EU 2012].
<http://www.africa-eu-partnership.org/focus/eu-renewed-its-commitment-foster-peace-and-security-somalia>, zuletzt geprüft am 21.11.2012.
- African Union/ European Union 2014:** Fourth EU-Africa Summit – Roadmap 2014-2017. Brussels, 2-3 April, 2014. [Zitiert als AU/ EU 2014].
http://www.africa-eu-partnership.org/sites/default/files/documents/2014_04_01_4th_eu-africa_summit_roadmap_en.pdf, zuletzt geprüft am 23.07.2014.
- Council of the European Union 2005:** The EU and Africa: Towards a Strategic Partnership. Brussels, 19.12.2005.
<http://www.mae.lu/images/biblio/biblio-227-1150.pdf>, zuletzt geprüft am 29.09.2012.
- Council of the European Union 2008:** Tenth Africa-EU Ministerial Troika Meeting: Communiqué. Brussels, 16.09.2008.
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/er/102801.pdf, zuletzt geprüft am 04.11.2012.
- Council of the European Union 2009:** 13th Africa-EU Ministerial Troika Meeting. Addis Ababa, 14.10.2009.
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/er/110576.pdf, zuletzt geprüft am 04.11.2012.
- Council of the European Union 2010:** 14th Africa-EU Ministerial Meeting. Luxembourg, 26.04.2010.

- <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/114049.pdf>, zuletzt geprüft am 04.11.2012.
- Council of the European Union 2012:** Annual report from the High Representative of the European Union for Foreign Affairs and Security Policy to the European Parliament. Brussels, 09.10.2012.
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/12/st14/st14605-re01.en12.pdf>, zuletzt geprüft am 04.11.2012.
- Europäischer Rat 2003:** Ein sicheres Europa in einer besseren Welt: Europäische Sicherheitsstrategie. Brussels, 12.12.2002.
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>, zuletzt geprüft am 04.11.2012.
- European Council 2011:** Extraordinary European Council: Declaration. Brussels, 11.03.2011.
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/119780.pdf, zuletzt geprüft am 17.11.2012.
- European Commission 1996:** Communication from the Commission to the Council: The European Union and the issue of Conflicts in Africa: Peace-Building, Conflict Prevention and beyond. SEC(96) 332 final. Brussels, 06.03.1996.
<http://aei.pitt.edu/4280/1/4280.pdf>, zuletzt geprüft am 06.11.2012.
- European Commission 2007:** Communication from the Commission to the European Parliament: From Cairo to Lisbon – The EU-Africa Strategic Partnership. COM (2007) 357 final. Brussels, 27.06.2007.
http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=en&type_doc=COMfinal&an_doc=2007&nu_doc=357, zuletzt geprüft am 20.11.2012.
- European Parliament 2009:** Options for the EU to support the African Peace and Security Architecture. Brussels.
<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies.do?language=EN>, zuletzt geprüft am 20.11.2012.
- European Union 2001:** Africa-Europe Ministerial Conference: Communiqué. Brussels, 11.10.2001.
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/12794.en1.pdf>, zuletzt geprüft am 19.11.2012.
- Kommission der EG 2005:** Eine Strategie der Europäischen Union für Afrika: Wegbereiter für einen Europa-Afrika-Pakt zur Beschleunigung der Entwicklung Afrikas. KOM (2005) 489. Brüssel, 12.10.2005.
http://ec.europa.eu/development/icenter/repository/COMM_PDF_COM_2005_0489_F_DE_ACTE.pdf, zuletzt geprüft am 29.09.2012.
- Organisation of African Unity/ European Union 2000:** Cairo Plan of Action: Africa-Europe Summit under the Aegis of the OAU and the EU. Cairo, 04.04.2000. [Zitiert als OAU/EU 2000].
http://www.summits.aip.pt/Africa/docs/The_Cairo_Action_Plan_EN.pdf, zuletzt geprüft am 10.11.2012.

Sekundärliteratur:

- Adebajo, Adekeye/ Paterson, Mark 2012:** The African Union at Ten: Aspirations and Reality (CCR Policy Brief Nr. 13/2012). Cape Town: Center of Conflict Resolution.
http://www.ccr.org.za/images/pdfs/CCRPB13_au_at_ten_25oct2012.pdf, zuletzt geprüft am 19.11.2012.
- Barroso, José Manuel 2007:** Für eine strategische Partnerschaft: Zum EU-Afrika-Gipfel in Lissabon (KAS Die Politische Meinung Nr. 457/2007). Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
http://www.kas.de/wf/doc/kas_12455-544-1-30.pdf?080103154109, zuletzt geprüft am 28.09.2012.
- Bengtsson, Rikard/ Elgström, Ole 2011:** Reconsidering the European Union's roles in international relations: self-conceptions, expectations, and performance, in: Harnisch, Sebastian/ Frank, Cornelia/ Maull, Hans W. (Hrsg.): *Role Theory in International Relations: Approaches and analyses*. London: Routledge, S. 113-130.
- Biermann, Rafael 2009:** Inter-Organizationalism in Theory and Practice, in *Studia Diplomatica – The Brussels Journal of International Relations* 62:3, S. 7-12.
- Bossuyt, Jean/ Sherriff, Andrew 2010:** What next for the Joint Africa-EU Strategy: Perspectives on revitalizing an innovative framework (ECDPM Discussion Paper Nr. 94/2010). Maastricht: European Centre for Development Policy Management.
[http://www.ecdpm.org/Web_ECDPM/Web/Content/Download.nsf/0/32ACD4AC-DBD40C76C12576E3003BDC84/\\$FILE/ECDPM%20What%20future%20for%20the%20JAES_scoping%20paper_DP%2094.pdf](http://www.ecdpm.org/Web_ECDPM/Web/Content/Download.nsf/0/32ACD4AC-DBD40C76C12576E3003BDC84/$FILE/ECDPM%20What%20future%20for%20the%20JAES_scoping%20paper_DP%2094.pdf), zuletzt geprüft am 19.11.2012.
- Brosig, Malte 2013:** The African Union: a partner for security, in: Biscop, Sven / Whitman, Richard (Hrsg.): *The Routledge Handbook of European Security*. London: Routledge, S. 292-301.
- Dallaire, Roméo A. 2010:** Meeting the Demand for Intervention: The Promise of African Security Architecture, in: Besada, Hany (Hrsg.): *Crafting an African Security Architecture: Addressing Regional Peace and Conflict in the 21st Century*. Farnham: Ashgate, S. xvii - xix.
- Dietz, Thomas 2005:** Constructing the Self and Changing Others: Reconsidering 'Normative Power Europe', in *Millenium – Journal of International Studies* 33:3, S. 613-636.
- ECDPM 2006:** The EU-Africa Partnership in Historical Perspective (ECDPM Issue Paper Nr. 1/2006). Maastricht: European Centre for Development Policy Management.
http://www.fes.de/cotonou/DocumentsEN/ongoingDebates/EU_Africa_Partnership_historical_perspective.pdf, zuletzt geprüft am 19.11.2012.
- Elowson, Camilla 2009:** The Joint Africa-EU Strategy: A study of the Peace and Security Partnership. Stockholm: FOI Swedish Defence Research Agency.
<http://europafrica.files.wordpress.com/2009/06/jaes-ps-foir2736.pdf>, zuletzt geprüft am 10.11.2012.
- Engel, Ulf 2008:** Mühseliger Aufbau: Frieden und Sicherheit in der AU (GIGA Focus Afrika Nr. 10/2008). Hamburg: GIGA Institut.
http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_afrika_0810.pdf, zuletzt geprüft am 19.11.2012.
- Engel, Ulf/ Porto, João Gomes 2010:** Africa's New Peace and Security Architecture: An Introduction, in: Porto, Joao Gomes/ Engel, Ulf (Hrsg.): *Africa's New Peace and Security Architecture: Promoting Norms, Institutionalizing Solutions*. Farnham: Ashgate, S. 31-56.
- El Fassi, Sahra/ Madinilla, Alfonso/Laporte Geert 2014:** Beyond the 2014 Summit: Which Way Forward for EU-Africa Relations? (ECDPM Report 9.04.2014). Maastricht: ECDPM.

- http://ecdpm.org/wp-content/uploads/Report-Informal-High_Level-Seminar-Beyond-the-2014-summit.pdf, zuletzt geprüft am 23.07.2014.
- Franke, Benedikt 2009a:** Security Cooperation in Africa: A Reappraisal. Boulder: Lynne Rienner Publishers.
- Franke, Benedikt 2009b:** EU-AU Cooperation in Capacity-Building, in *Studia Diplomatica – The Brussels Journal of International Relations* 62:3, S. 69-74.
- Franke, Benedikt 2009c:** Support to AMIS and AMISOM (Sudan and Somalia), in: Grevi, Giovanni/ Helly, Damien/ Keohane, Daniel (Hrsg.): European Security and Defence Policy: The first 10 years (1999-2009). Paris: Institute for Security Studies, S. 255-264.
- Gadin, James 2012:** Experiences of UN Support Models for AU Peace-Support Operations: The Case of the AU Mission in Somalia, in: Gelot, Linnéa/ Gelot, Ludwig/ Coning, Cedric de (Hrsg.): Supporting African Peace Operations. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet, S. 75-82.
- Gänzle, Stefan/ Grimm, Sven 2010:** The European Union (EU) and the Emerging African Peace and Security Architecture, in: Besada, Hany (Hrsg.): Crafting an African Security Architecture: Addressing Regional Peace and Conflict in the 21st Century. Farnham: Ashgate, S. 73-88.
- Gaspar, Antonio Sánchez-Benedito 2009:** The AU and 'anchor countries' as instruments of peace and security on the African Continent, in: Mateos, Óscar Mateos (Hrsg.): Peace and Security in Sub-Saharan Africa. Lissabon: Casa África, S. 95-102.
- Gieg, Philipp 2010:** Great Game um Afrika? Europa, China und die USA auf dem Schwarzen Kontinent. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Gieg, Philipp/ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela 2007:** Die Afrikapolitik Großbritanniens, in: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela/ Schmidt, Siegmund/ Schukraft, Corina/ Keßler, Ulrike/ Gieg, Philipp (Hrsg.): Die Afrikapolitik der Europäischen Union: Neue Ansätze und Perspektiven. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 253-292.
- Grimm, Sven 2007:** Die EU-Afrikastrategie – Wo wir stehen, in: Klingebiel, Stephan (Hrsg.): Afrika-Agenda 2007: Ansatzpunkte für den deutschen G8-Vorsitz und die EU-Ratspräsidentschaft (DIE Discussion Paper Nr. 18/2006). Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik. http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2012/3555/pdf/18_2006.pdf, zuletzt geprüft am 28.09.2012.
- Hettne, Björn/ Söderbaum, Fredrik 2005:** Civilian Power or Soft imperialism? The EU as Global Actor and the Role of Interregionalism, in *European Foreign Affairs Review* 10, S. 535-552.
- Helly, Damien 2009:** ESDP and the African Union, in: Grevi, Giovanni/ Helly, Damien/ Keohane, Daniel (Hrsg.): European Security and Defence Policy: The first 10 years (1999-2009). Paris: Institute for Security Studies, S. 147-158.
- Howorth, Jolyon 2010:** The Political and Security Committee: A Case Study in 'Supranational Inter-Governmentalism' (Les Cahiers Européens de Sciences Po Nr. 01/2010). Paris: SciencePo Centre d'études européennes. <http://www.cee.sciences-po.fr/en/publications/les-cahiers-europeens/2010/doc/88/raw>, zuletzt geprüft am 19.11.2012.
- Hänggi, Heiner 2006:** Interregionalism as a multifaceted phenomenon: in search of a typology, in: Hänggi, Heiner/ Roloff, Ralf/ Rüländ, Jürgen (Hrsg.): Interregionalism and International Relations. London: Routledge, S. 31-62.

- Hänggi, Heiner/ Roloff, Ralf/ Rüland, Jürgen 2006:** Interregionalism: a new phenomenon in international relations, in: Hänggi, Heiner/ Roloff, Ralf/ Rüland, Jürgen (Hrsg.): *Interregionalism and International Relations*. London: Routledge, S. 3-14.
- Jacobeit, Cord 2006:** Fünf Jahre NEPAD, in *APUZ - Aus Politik und Zeitgeschichte* 32-33, S. 21-25.
- Koenig, Nicole 2011:** The EU and the Libyan Crisis: In Quest of Coherence?, in *The International Spectator: Italian Journal of International Affairs* 46:4, S. 11-30.
- Mair, Stefan/ Petretto, Kerstin 2010:** Peace and Security: Unremitting challenges for African-European Relations, in: EARN (Hrsg.): *Beyond Development Aid: EU-Africa Political Dialogue on Global Issues of Common Concern*. Lissabon: Europe Africa Policy Research Network, S. 37-44.
<http://europafrica.files.wordpress.com/2009/07/beyond-development-aid.pdf>, zuletzt geprüft am 20.11.2012.
- Manners, Ian 2002:** Normative Power Europe: A Contradiction in Terms?, in *Journal of Common Market Studies* 40:2, S. 235-258.
- Molt, Peter 2007:** Zur Afrikastrategie der Europäischen Union, in *APuZ - Aus Politik und Zeitgeschichte* 48, S. 33-38.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela 2007a:** Africa and Europe: Looking for a Renewed Relationship, in *Foreign Policy in Focus* 346, S. 1-2.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela 2007b:** Die Afrikapolitik Frankreichs zwischen Einflusswahrung und Multilateralisierung, in: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela/ Schmidt, Siegmund/ Schukraft, Corina/ Keßler, Ulrike/ Gieg, Philipp (Hrsg.): *Die Afrikapolitik der Europäischen Union: Neue Ansätze und Perspektiven*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 93-126.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela 2008:** Die europäische Außenpolitik: Genese, Entwicklungsstand und Perspektiven, in: Bos, Ellen/ Dieringer, Jürgen (Hrsg.): *Die Genese einer Union der 27: Die Europäische Union nach der Osterweiterung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 265-282.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela 2010:** Die EU – eine Zivil-, Friedens- oder Militärmacht?, in: Epping, Volker/ Lemke, Christiane/ Baluch, Alim (Hrsg.): *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Anspruch oder Wirklichkeit?*. Berlin: LIT Verlag, S. 47-82.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela 2011:** Die EU Außen- und Sicherheitspolitik nach Lissabon: Wann wird der Startknopf endlich gedrückt?, in *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 21:2, S. 313-326.
- O'Brien, Emily/ Sinclair, Andrew 2011:** *The Libyan War: A Diplomatic History – February -August 2011*. New York: Center of International Cooperation.
http://www.cic.nyu.edu/mgo/docs/libya_diplomatic_history.pdf, zuletzt geprüft am 17.11.2012.
- Öhm, Manfred/ Schildberg, Arne/ Sperling, Sebastian 2011:** Entfremdung zwischen Europa und Afrikanischer Union? Zeit für ein politischeres Verständnis der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) (FES Perspektive 2011). Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/08715.pdf>, zuletzt geprüft am 17.11.2012.
- Olsen, Gorm Rye 2005:** The European Union: 'European interests', bureaucratic interests and international options, in: Engel, Ulf/ Olsen, Gorm Rye (Hrsg.): *Africa and the North: Between globalization and marginalization*. London: Routledge, S. 125-141.

- Olsen, Gorm Rye 2006:** The Africa-Europe (Cairo summit) process: an expression of "symbolic politics", in: Hänggi, Heiner/ Roloff, Ralf/ Rüländ, Jürgen (Hrsg.): *Interregionalism and International Relations*. London: Routledge, S. 199-214.
- Pirozzi, Nicoletta 2009:** EU support to African security architecture: funding and training components (EUISS Occasional Paper Nr. 76/2009). Paris: European Union Institute for Security Studies.
<http://www.iss.europa.eu/uploads/media/op76.pdf>, zuletzt geprüft am 19.11.2012.
- Pirozzi, Nicoletta 2011:** The Africa-EU Partnership on Peace and Security: between rhetoric and facts. Boston.
http://euce.org/eusa/2011/papers/8i_pirozzi.pdf, zuletzt geprüft am 19.11.2012.
- Scheuermann, Manuela 2012:** VN-EU-Beziehungen in der militärischen Friedenssicherung: Eine Analyse im Rahmen des Multilateralismus-Konzepts. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Schukraft, Corina 2007:** Die EU als afrikapolitischer Akteur: Akteursqualitäten und -kapazitäten, in: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela/ Schmidt, Siegmund/ Schukraft, Corina/ Keßler, Ulrike/ Gieg, Philipp (Hrsg.): *Die Afrikapolitik der Europäischen Union: Neue Ansätze und Perspektiven*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 195-220.
- Schmidt, Siegmund 2007:** Die EU-Sicherheitspolitik gegenüber Subsahara-Afrika, in: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela/ Schmidt, Siegmund/ Schukraft, Corina/ Keßler, Ulrike/ Gieg, Philipp (Hrsg.): *Die Afrikapolitik der Europäischen Union: Neue Ansätze und Perspektiven*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 93-126.
- Schmidt, Siegmund 2008:** Die EU als Retterin der AU? (GIGA Focus Afrika Nr. 5/2008). Hamburg: GIGA Institut.
http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_afrika_0805.pdf, zuletzt geprüft am 13.11.2012.
- Schmidt, Siegmund 2010:** Through the Lens of European Integration Theory: African Peace and Security Architecture as a Framework in Transition, in: Besada, Hany (Hrsg.): *Crafting an African Security Architecture: Addressing Regional Peace and Conflict in the 21st Century*. Farnham: Ashgate, S. 15-36.
- Schmidt, Siegmund 2011:** Afrikapolitik, in: Weidenfeld, Werner/ Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2010*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 259-262.
- Schmidt, Siegmund 2012:** Soft-Power or Neo-colonialist Power? – African Perceptions of the EU, in *Review of European Studies* 4:3, S. 100-110.
- Sherriff, Andrew/ Ferreira, Patricia Magalhaes 2010:** Between the Summits: Background Paper, in: EAPRN (Hrsg.): *Beyond Development Aid: EU-Africa Political Dialogue on Global Issues of Common Concern*. Portugal: Europe Africa Policy Research Network.
[http://www.ecdpm.org/Web_ECDPM/Web/Content/Download.nsf/0/358F5704237DD73FC12512D800277D3F/\\$FILE/Beyond%20Development%20Aid%20Final.pdf](http://www.ecdpm.org/Web_ECDPM/Web/Content/Download.nsf/0/358F5704237DD73FC12512D800277D3F/$FILE/Beyond%20Development%20Aid%20Final.pdf), zuletzt geprüft am 29.09.2012.
- Sicurelli, Daniela 2010:** Regional partners? Perceptions and criticisms at the African Union, in: Lucarelli, Sonia/ Fioramonti, Lorenzo (Hrsg.): *External Perceptions of the European Union as a Global Actor*. London: Routledge, S. 180-194.
- Söderbaum, Fredrik/ Langenhove, Luk van 2006:** Introduction: The EU as a Global Actor and the Role of Interregionalism, in: Söderbaum, Fredrik/ Langenhove, Luk van (Hrsg.): *The EU as a Global Player: The Politics of Interregionalism*. London: Routledge, S. 3-14.

- Söderbaum, Fredrik 2010:** Is the European Union Acting as “One” in Africa?. Bruges.
<http://www.uaces.org/pdf/papers/1001/soderbaum.pdf>, zuletzt geprüft am 20.11.2012.
- Telò, Mario 2007:** Globalization, New Regionalism and the Role of the European Union, in: Telò, Mario (Hrsg.): *European Union and New Regionalism: Regional Actors and Global Governance in a Post-Hegemonic Era*. Farnham: Ashgate, S. 1-18.
- Tull, Denis M./ Lacher, Wolfram 2012:** Die Folgen des Libyen-Konflikts für Afrika: Gräben zwischen der AU und dem Westen, Destabilisierung der Sahelzone (SWP Studie Nr. 8/2012). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2012_S08_lac_tll.pdf, zuletzt geprüft am 17.11.2012.
- Tywuschik, Veronika/ Sherriff, Andrew 2009:** Beyond Structures? Reflections on the Implementation of the Joint Africa-EU Strategy (ECDPM Discussion Paper Nr. 87/2009). Maastricht: European Centre for Development Policy Management.
[http://www.ecdpm.org/Web_ECDPM/Web/Content/Download.nsf/0/899BEF8A3D0E1EA0C125756E0046BC30/\\$FILE/08-87e-vt-as.pdf](http://www.ecdpm.org/Web_ECDPM/Web/Content/Download.nsf/0/899BEF8A3D0E1EA0C125756E0046BC30/$FILE/08-87e-vt-as.pdf), zuletzt geprüft am 19.11.2012.
- Lieb, Julia 2010:** Die EU-Delegation bei der Afrikanischen Union: Lehren für die nächste Phase im Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes (SWP Arbeitspapier der FG 1 2010). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
http://www.kas.de/wf/doc/kas_12565-544-1-30.pdf?071228103457, zuletzt geprüft am 28.09.2012.
- Vetter, Wolfram 2007:** Die EU und Afrika auf dem Weg zu einer Strategischen Partnerschaft (KAS Auslandsinformation Nr. 11/2007). Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
http://www.kas.de/wf/doc/kas_12565-544-1-30.pdf?071228103457, zuletzt geprüft am 28.09.2012.
- Vines, Alex 2010:** Rhetoric from Brussels and reality on the ground: the EU and security in Africa, in *International Affairs* 86:5, S. 1091-1108.
- Wadle, Sebastian/ Schukraft, Corina 2005:** Die Peace Facility for Africa – Europas Antwort auf die Krisen in Afrika, in *Internationale Politik und Gesellschaft* 4, S. 99-119.
- Walraven, Klaas van 2010:** Heritage and Transformation: From the Organization of African Unity to the African Union, in: Porto, Joao Gomes/ Engel, Ulf (Hrsg.): *Africa's New Peace and Security Architecture: Promoting Norms, Institutionalizing Solutions*. Farnham: Ashgate, S. 31-56.

SCHRIFTENREIHE JUNGES AFRIKAZENTRUM

Das Junge Afrikazentrum der Universität Würzburg (JAZ) hat im Jahre 2014 die „Schriftenreihe Junges Afrikazentrum“ ins Leben gerufen. Sie soll hervorragenden Studierenden und Nachwuchswissenschaftlern eine Plattform für die Publikation exzellenter Arbeiten mit Afrikabezug bieten.

Die Schriftenreihe steht neben Angehörigen der Universität Würzburg insbesondere auch Gaststudierenden und Gastwissenschaftlern aus Afrika offen, um nicht nur die Forschung über Afrika, sondern auch beachtliche Beiträge aus Afrika sichtbar zu machen.

Herausgeber:

Julien Bobineau
Philipp Gieg
Dr. Karin Linhart
Ferdinand Paesler

© Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Junges Afrikazentrum
Campus-Nord, Josef-Martin Weg 52/1,
Abteilung L7
97074 Würzburg,
Tel.: +49 (0) 931 - 31-84005
<http://www.afrikazentrum.uni-wuerzburg.de>
Kontakt: jaz@uni-wuerzburg.de
Alle Rechte vorbehalten.
Würzburg 2014.

Dieses Dokument wird bereitgestellt durch
den Publikationsservice der Universität
Würzburg.

Universitätsbibliothek Würzburg
Am Hubland
D-97074 Würzburg
Tel.: +49 (0) 931 - 31-85906
Fax: +49 (0) 931 - 31-85970
opus@bibliothek.uni-wuerzburg.de
<http://opus.bibliothek.uni-wuerzburg.de>

ISSN: 2199-4315